

SOUVERÄN



Herausforderungen
des Klimawandels

**Wie schützen
wir den
Planeten?**

DAS MAGAZIN FÜR EIN ENTSPANNTES ÄLTERWERDEN.

Informativ. Mutmachend. Heiter.



Jeden Monat NEU in Ihrer Apotheke

www.senioren-ratgeber.de

souverän
LESERUMFRAGE:

5 Fragen an unsere Leser. Machen Sie mit! Siehe Seite

12



IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdi.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz,
Alexander Lenders
Verlagsleiter: Gunter Rowe
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Eschenstraße 17
83233 Bernau/Chiemsee
Telefon 08051-6401271
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Claus Bernhold, Ralph Brinkhaus,
Marie-Luise Dött, Tobias Hans,
Karin Maag, Elisabeth Motschmann,
Andreas Oberholz,
Dr. Hans Schipper, Jens Spahn,
Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
Anja Enzenberg, Frauen-Union
NRW, Hungary helps, KIT/Süddeut-
sches Klimabüro, Sybille Krägel, Jan
Peter Luther, Wikipedia/Johannes
Christ, Adobe Stock, 123rf,
Marco Urban, Ulrich Winz
Titelfoto: 123rf

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.

6 Klimaschutz mit CDU-Handschrift
Marie-Luise Dött, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärt, warum politische Schnellschüsse in der Klimadebatte nicht taugen

8 Globale Ursache – regionale Folgen
Das Klima wird sich weiterhin verändern, ob es uns passt oder nicht. Die wichtigste Frage lautet deshalb: Wie gehen wir mit den Folgen des Klimawandels um?

14 Forscher fordern Steuer auf Kohlendioxid
Wie lassen sich Klimaschutz und Ökonomie vereinbaren? Wissenschaftler haben Eckpunkte für einen marktwirtschaftlichen Weg raus aus der Kohle skizziert.

16 Der Politik fehlt ein Masterplan
Können wir uns den gleichzeitigen Ausstieg aus Kernkraft- und Braunkohle überhaupt leisten? Ein Interview mit dem Berliner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Herfried Münkler.

18 Klimaschutz – DNA der Unionsfraktion
Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über die Leistungen der CDU in der Umwelt- und Klimapolitik seit 1989.

20 Organspende – den großen Schritt gehen?
Für Souverän diskutieren Jens Spahn und Karin Maag über unterschiedliche Wege zu einer bewussten und freiwilligen Entscheidung für eine Organspende.

22 Die Weichen wieder richtig gestellt?
Dr. Peter Tauber, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, stellte sich den kritischen Fragen der Souverän-Redaktion.

25 Die Erinnerung wach halten
Ein Rückblick auf die bewegten und bewegenden Tage und Monate der Jahre 1989/1990 anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Mauerfalls.

28 Notizen von der deutsch-deutschen Grenze
Eine Originalreportage aus dem Dezember 1989.



32 Aus der Senioren-Union
36 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)
37 Leserbrief
39 Buchtipps

Bei Redaktionsschluss: AKK zur CO₂-Diskussion

Um die Klimaschutzziele einzuhalten, schlägt CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer eine grundlegende Steuerreform im Energiesektor vor (siehe auch S. 14/15). „Das bestehende Gesamtgebäude aus Entgelten, Umlagen, Abgaben und Steuern im Energiesektor muss grundlegend umgebaut werden“, forderte sie in einem Zeitungsbeitrag, den sie gemeinsam mit Unionsfraktionsvize Andreas Jung verfasst hatte. Bei der Reform gehe es nicht um mehr Staatseinnahmen, denn: „Wir haben nicht zu wenig Steuern, wir haben zu wenig Steuerung.“ Kramp-Karrenbauer und Jung sprechen sich dafür aus, den Umbau von Gebäuden steuerlich zu fördern.

Helmut Kohl hat die Deutschen die Freiheit gegeben, die sie sich verdienen und verdienen.

Z DER OSTEN WÄHLT

uweilen ist es besser, einmal tief durchzuatmen und innezuhalten, statt unentwegt einen „Sofortismus“ in Bewegung zu setzen, von dem man meint, er löse umgehend alle Probleme. Zeitgenossen, die sogleich auf jede Frage wie aus der Pistole geschossen eine Antwort wissen, auf welche Weise die Welt noch zu retten ist und keinesfalls anders, der beseitigt keine Schwierigkeiten, sondern schafft augenblicklich neue, und in der Regel keine leichteren. Vor 30 Jahren gab es im Osten eine Nomenklatura, die darüber entschied, wie viel Freiheit den Menschen erlaubt war und was und wie viel an wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit ihnen zugeteilt werden konnte. Und vor dieser Zeit hatten nicht wenige von ihnen bereits zwölf Jahre erlebt, die unter dem Regime einer braunen Nationalistenbande an Grauen, Elend und Zerstörung nicht zu überbieten war. Gerade unsere Landsleute im Osten wissen aus zwei Epochen, dass sich so etwas nie wiederholen darf und ideologische Rattenfänger nicht noch einmal erneut alles zerstören können, was freiheitsbewusste Bürgerinnen und Bürger sich erarbeitet haben.

Die Menschen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, die sich in einer friedlichen Revolution die Freiheit zurückerobert haben, machen die freie Wahl ihrer Landtage auch zu einem gesamtdeutschen Ereignis. Es war ihr Mut und nicht der der Westdeutschen, der dazu geführt hat, „blühende Landschaften“, die Helmut Kohl einst versprochen hat, in ihren neuen Bundesländern geschaffen zu haben. Natürlich, das ist doch unbestritten, ist die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West noch nicht gänzlich in die Tat umgesetzt worden. Aber ebenso

wenig kann ernsthaft infrage gestellt werden, dass die neuen Bundesländer insgesamt seit der Wiedervereinigung weit sichtbar einen wachsenden Wohlstand und eine innere Stabilität gewonnen haben und die Menschen auf eine höchst eindrucksvolle Erfolgsgeschichte ihrer Länder verweisen können.

30 Jahre nach dem Mauerfall herrscht in nicht wenigen Gebieten der neuen Länder nahezu Vollbeschäftigung. Wie wohl würden die Menschen in einer Reihe von anderen europäischen Staaten denken, so sie in solchen Verhältnissen leben könnten?

Gewiss, auch im Osten ist nicht alles Gold, was glänzt. Wenn eine rechtsextreme Partei wie die AfD Ängste und Sorgen schürt und sich durch eine ausgesprochen miese Methode Gehör und Einfluss verschaffen will, dann entwickelt sich derlei Geschehen mit Gewissheit zu einem Bärenienst für die neuen Bundesländer. Welche Investoren, welche Touristen werden bei einer solchen Sachlage nicht einen großen Bogen um die Regionen machen, denen sie sich ansonsten gern zuwenden würden. Schon deshalb müssen Christdemokraten am Unvereinbarkeitsbeschluss mit der AfD festhalten. Ein Bündnis mit einem ihrer Führer, wie Björn Höcke, käme einem Anschlag auf die Demokratie gleich. Wer besser könnte das beurteilen als die Generation, die Krieg und die Nachkriegszeit erlebt hat. Nie wieder dürfen in unserem geliebten deutschen Vaterland Nationalisten politische Gewalt ausüben, die die westliche Demokratie- und Wertegesellschaft zu zerstören trachten.

Ein wichtiges Wahlkampfthema in Ostdeutschland sind gegenwärtig die Sanktionen

gegen Russland nach dessen völkerrechtswidrigem Einmarsch in die Ukraine. In den neuen Bundesländern, und das trifft zu, gibt es nun Regionen, die durch die Sanktionen gegen Russland nahezu 70 % ihres Handelsvolumens verloren haben und in Probleme mit aufkommender Arbeitslosigkeit geraten. Diesen Menschen muss der Bund stärker als bisher unter die Arme greifen, da sie nicht einseitig die Folgen internationaler Sanktionen tragen dürfen. Am besten wäre es, es käme alsbald zu Vereinbarungen, die nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa dienen, sondern mehr noch ein Erfolg europäischer Friedenspolitik wären. Auch Russland und vor allem seine Menschen würden von solcher Einsicht profitieren. Und wer will bestreiten, dass ein gutes Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland nicht im Interesse aller derer liegt, die sich Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand wünschen. Verständnis muss die Politik der CDU auch für die Probleme in Mitteldeutschland, vor allem in der Lausitz, zeigen. Die neue Klimapolitik ist aufgefordert, keine abgehängten Industrieregionen zu hinterlassen, in denen die Menschen fürderhin mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen müssen. Die arg gebeutelten Gebiete müssen verstärkt gefördert werden durch Steueranreize, Freihandelszonen ohne Zölle und gegebenenfalls auch ohne Umsatzsteuer. Sie wären wichtige Impulse und hoffnungsvolle Perspektiven für Land und Menschen. Insofern wäre es auch sehr sinnvoll, Forschungs- und neue Bildungseinrichtungen in diesem Teil Deutschlands anzusiedeln. Alle Regionen in Deutschland könnten davon in anspornender Partnerschaft noch besser profitieren.

Schließlich müssen wir Obacht geben, dass boomende Landschaften im Raum Leipzig-Dresden und im „Speckgürtel“ von Berlin, nicht durch gefährliche Störfeuer von AfD und Linkspartei in ihrer weiteren erfolgreichen Entwicklung gebremst werden. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West sind nur möglich, wenn kein Teil sich durch nationalistische und sozialistische Experimente selbst abschottet.

Der Westen hat allen Grund, auf seine ostdeutschen Landsleute stolz zu sein, die der Welt gezeigt haben, was Menschen mit Mut und Freiheitsliebe nicht nur für Deutschland, sondern auch für das ganze freie Europa leisten konnten. Deutschland hat durch ihre Tat an Ansehen in der ganzen Welt gewonnen. Zerstören wir nicht alles wieder durch Leichtsinn, indem wir gedankenlos den rechts- und linksextremen Feinden der Demokratie und der Freiheit das Heft des Handelns überlassen. Doch einsehen müssen wir auch, dass nicht alles so bleiben wird wie bisher. Das ist eine Binsenwahrheit, die nicht wir erfunden haben, sondern die der Lauf der Welt gezeigt hat. Wir müssen in der Politik Reformen schaffen, so sie nötig sind, und das sind sie. Aber wir müssen uns zuweilen auch selbst ändern. Doch die Erfahrung lehrt, hin und wieder präziser darüber nachzudenken, wohin wir uns zu ändern haben, da gibt es schon Vorgaben.

Die CDU ist die große Partei der Mitte, sie hat Vertrauen, weil sie in schwierigen Zeiten auf dem Teppich bleibt, ein Verhalten, was auch für die Bürgerinnen und Bürger gar nicht so erfolglos ist. Und darauf kommt es am Ende an, für die Wählerinnen und Wähler allemal!



Prof. Dr. Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundsvorsitzender
der Senioren-Union
der CDU Deutschlands

“ Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West sind nur möglich, wenn kein Teil sich durch nationalistische und sozialistische Experimente selbst abschottet. “

“

/ MIT CDU-Handschrift

Der Mensch soll mit den Geschöpfen, die seinen Lebensraum teilen, schützend und fürsorglich umgehen. Für die Union ist dies ein zentraler Pfeiler ihrer Umweltpolitik. Aber es ist auch unsere Aufgabe, die Potenziale der Erde verantwortlich für die Menschen zu entwickeln und sie zu bewirtschaften.

Das ist zugegebenermaßen ein Spannungsbogen zwischen ökologisch Notwendigem, sozial Verantwortbarem und wirtschaftlich Vernünftigem, den es aufzulösen gilt. Wir müssen ganz im Sinne von Nachhaltigkeit die unterschiedlichen Dimensionen zusammenführen und einen zukunftsfähigen Handlungsrahmen schaffen. Einen Rahmen, in dem Entwicklung möglich ist, ohne gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Von der CDU als Regierungspartei wird zu Recht eine ambitionierte Umwelt- und Klimapolitik erwartet. Das ist herausfordernd, weil wir mit den Grünen einen politischen Wettbewerber haben, der diese Themen mit Maximalforderungen unterlegt. Sie sind damit ein politischer Wettbewerber, der sich und den Bürgern komplexe gesellschaftliche Wirkanalysen für seine umwelt- und klimapolitischen Vorschläge erspart. Der genau nicht die Abwägung zwischen sozialen Auswirkungen der Politik und ihren Wirkungen auf Unternehmen, Handwerk und Mittelstand oder die Landwirte vornimmt. So schwierig die Auseinandersetzungen auch sind, sie sind für die CDU eine Chance, unsere Positionen, gerade auch in Abgrenzung zu den vermeidlich einfachen „grünen“ Lösungsansätzen, zu bestimmen. Die CDU muss eine eigene Handschrift bei der Bewältigung der umweltpolitischen Herausforderungen und bei deren politischen Instrumentierung entwickeln. Umwelt- und Klimaschutz ohne Rücksicht auf Verluste kann es mit uns nicht geben. Wir wollen eine Umweltpolitik, die die ökologischen Herausforderungen adressiert und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort stärkt und sozial gerecht ist. Eine Umweltpolitik, die nicht nur die laut vorgetragenen großstädtischen Interessen bedient, sondern gerade auch die ländlichen Räume lebenswert erhält.

Und wenn wir politische Vorgaben entwickeln, dann mit einem klaren Kompass, auf der Grundlage von Kriterien, die uns als Land der Sozialen Marktwirtschaft stark gemacht haben, die Kreativität anspornen und Leitung und Leistung belohnen. Technologieoffenheit, Wettbewerb, Innovationen, Kohärenz zur europäischen Politik, Schutz des Eigentums, Effizienz und auch die Übernahme internationaler Verantwortung, das sind Maßstäbe für unsere Politik. An ihnen muss sich jede einzelne politische Maßnahme messen lassen. Wir müssen zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz keine Planwirtschaft brauchen, dass nicht Verbote, Beschränkungen und Verzicht die Antworten auf die Herausforderungen sind. Wir müssen zeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft genau die Kräfte freisetzt, die wir brauchen: Wohin die Vernachlässigung der wirtschaftspolitischen und vor allem der sozialen Wirkungen bei Politikansätzen führt, das sehen wir derzeit in Frankreich oder auch in Berlin-Kreuzberg, wo sich derzeit die Bürger für den Erhalt einer Aldi-Filiale und gegen die Ansiedlung von zu teuren Öko-Luxus-Food-Angeboten einsetzen. Umwelt- und klimapolitische Maßnahmen mit sozialer, wirtschaftspolitischer oder strukturpolitischer Schlagseite werden wir jedenfalls nicht zulassen. Das gilt auch für die Klimapolitik. Die anspruchsvollen Klimaziele, zu denen sich Deutschland verpflichtet hat, gelten für uns ohne Abstriche. Deutschland geht beim Klimaschutz auch weiterhin voran. So arbeiten wir trotz der Schwierigkeiten intensiv daran, unser nationales Klimaziel2020 möglichst schnell zu erreichen. Was mich in der öffentlichen Diskussion um das Thema am meisten stört, ist, dass Deutschland angeblich überhaupt nichts für den Klimaschutz tun würde.

Auch wenn ich mir die demonstrierenden Schüler um die Klimaaktivistin Greta Thunberg anschau, die Botschaft ist immer dieselbe: „Am besten alles abschalten, und was ihr da in Berlin beschließt, reicht alles nicht.“ So einfach darf man es sich nicht machen, auch nicht als junge Menschen. Die Zahlen sprechen nämlich eine andere Sprache. Der



Als Christen wissen wir, dass „Himmel und Erde“ einmal vergehen werden (Markus 13,3 1). Auch das Buch der Offenbarung beschreibt das Ende der Schöpfung. Das Wissen um die Vergänglichkeit ist aber kein Argument, um heute nichts zu tun. Denn wir sind der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ...

Energieverbrauch ist in Deutschland 2018 auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre gefallen (minus 3,5 %; temperaturbereinigt minus 2 %). Die energiebedingten CO₂-Emissionen haben sich 2018 demnach um rund 34 Millionen Tonnen (Mio t) vermindert. Das entspricht einem Rückgang um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und das bei anhaltend gutem Wirtschaftswachstum, bei einem schrittweisen Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie und angesichts der Aufnahme von ca. einer Million Flüchtlingen in unserem Land. Darauf können wir stolz sein und das lassen wir uns auch nicht kleinreden. Wir sind auf dem richtigen Weg. Und diesen Weg werden wir bei der Klimapolitik auch mit Blick auf die Klimaziele für das Jahr 2030 weitergehen.

Es ist richtig, dass global mehr für den Klimaschutz getan werden muss. Panikmache und nationale Alleingänge unter dem Motto „koste es, was es wolle“ sind der falsche Weg. Natürlich hat die klimapolitische Panikmache aus dem links-grünen Lager einen Zweck. Nämlich den, angesichts der Probleme der

Politik ein Durchregieren bis ins Wohnzimmer und die Garage der Bürger, bis in den Stall der Bauern und ins Lebensmittelregal des Handels zu ermöglichen. Und hier geht es nicht nur um die Frage, was wir künftig essen dürfen, wie wir mobil bleiben, wo wir unseren Urlaub künftig noch verbringen dürfen. Es geht um die Freiheit der Bürger, um den Grad der Selbstbestimmung von uns allen. Wenn die Verfechter der Dieselfahrverbote die Gerichte künftig mit Klagen zum Einhalten der Klimaschutzziele befassen, dann droht eine andere Republik. Der Schlüssel zur Klimapolitik ist die Energiepolitik und Energie ist der Schlüssel für Wohlstand, wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit. Wer den Ausstieg aus allem und am besten sofort verlangt, der weiß nicht, was er tut, oder er spielt bewusst mit der Zukunft dieses Landes.

Wir jedenfalls arbeiten an einem Klimaschutzkonzept, das die Einhaltung der Klimaziele sicherstellt und mit den Bürgern und den Unternehmen unser Land auch klimapolitisch zukunftsfähig macht – ohne Panikmache und dafür fair und verlässlich.

Natürlich diskutieren wir beim Klimaschutz derzeit intensiv die Frage der Bepreisung von CO₂. Aber auch hier gilt: Politische „Schnellschüsse“ wird es mit uns nicht geben. Auch beim Klimaschutz werden wir weder wirtschaftliche noch soziale Unwuchten akzeptieren. Wir werden die Vor- und Nachteile, die Wirkungen und gerade auch die Nebenwirkungen der unterschiedlichen Bepreisungsinstrumente sehr genau prüfen. Das braucht Zeit, das braucht wissenschaftlichen Sachverstand und das braucht natürlich eine ausführliche Diskussion auch innerhalb der Partei.

Wichtig ist, unsere Potenziale als moderne Industrienation zu nutzen. Effizienztechnologien, synthetische Kraftstoffe, Elektromobilität, erneuerbare Energien, Speicherentwicklung, CO₂-freie Produktionsmethoden in der Industrie oder das Schaffen von steuerlichen Anreizen für die Gebäudesanierung – hier liegen die Potenziale von Innovationen, Kosteneffizienz und Bürgerengagement. Die werden wir für den Umwelt- und Klimaschutz aktivieren.

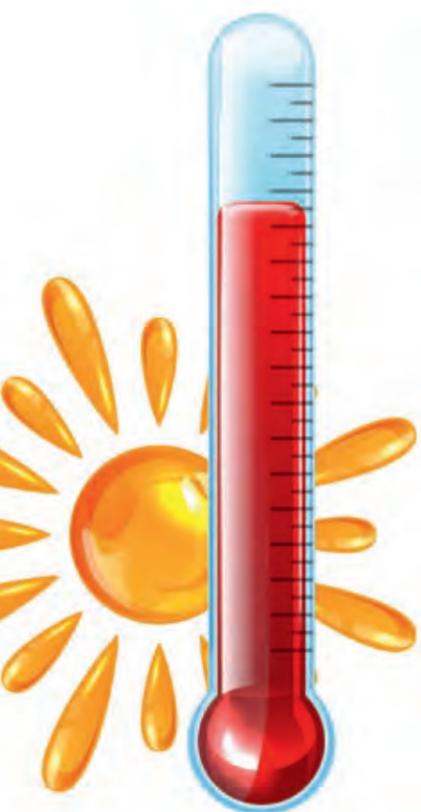


Die Autorin:
Marie-Luise Dött
MdB ist
umweltpolitische
Sprecherin der
CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion.

/ GLOBALE URSACHE – *regionale* FOLGEN



Der Sommer 2018 war trocken und heiß. Folglich sank der Pegel im Rhein, wodurch der Schiffsverkehr beeinträchtigt wurde und das warme Wasser kaum noch als Kühlwasser für Kraftwerke zur Verfügung stand. Die Landwirtschaft hatte große Einbußen zu verzeichnen. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass es einen deutlichen Trend zu einem häufigeren Auftreten solcher Ereignisse gibt. Was also weiß man über den Klimawandel? Und wie sollen wir damit umgehen?



Ursachen

Die Zusammenhänge im System Klima sind komplex und hängen von vielen Faktoren ab. Deswegen hat sich das Klima in der Erdgeschichte bereits mehrfach verändert. Zum Beispiel wechseln sich Eis- und Warmzeiten ab, da sich die Bahn der Erde um die Sonne und damit die Sonneneinstrahlung ändern. Diese Änderungen vollziehen sich über eine Periode von mehreren tausend bis zehntausend Jahren. Auch auf der Erde selbst beeinflussen verschiedene Faktoren unser Klima, beispielsweise die Oberfläche der Erde (dunkle Wälder absorbieren mehr Sonneneinstrahlung als weißer Sand) oder die chemische Zusammensetzung der Atmosphäre (welche und wie viele Treibhausgase sind vorhanden). Seit über einem Jahrhundert ist bekannt, dass Wasserdampf, Kohlendioxid, Methan und Lachgas die wichtigsten Treibhausgase sind. Ohne Treibhausgase würde die Durchschnittstemperatur auf der Erde heute bei -18 °C statt bei ca. $+15\text{ °C}$ liegen (natürlicher Treibhauseffekt). Ein Anstieg dieser Gase führt deswegen schnell zu einem zusätzlichen Temperaturanstieg (anthropogener bzw. vom Menschen verursachter Treibhauseffekt). Und genau das ist in den letzten 150 Jahren passiert. Seit der industriellen Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts hat die Menschheit große Mengen an Treibhausgasen in die Atmosphäre ausgestoßen und dadurch die Menge an

Kohlendioxid in der Atmosphäre von 280 auf mittlerweile 410 ppm erhöht. Als Folge ist auch die globale Mitteltemperatur um bereits mehr als ein Grad angestiegen.

Folgen

In Deutschland hat sich die durchschnittliche Jahresmitteltemperatur von Anfang des 19. Jahrhunderts (1881 – 1910) bis heute um knapp $1,5\text{ °C}$ erhöht. Dabei ist der beobachtete Temperaturanstieg im Süden Deutschlands etwas höher als im Norden. Laut dem Deutschen Wetterdienst (DWD) war das Jahrzehnt bis 2018 mit einer Jahresdurchschnittstemperatur von mehr als $9,4\text{ °C}$ die wärmste Dekade seit Beginn der Aufzeichnungen vor ca. 130 Jahren. 2018 war mit einer Durchschnittstemperatur von $10,5\text{ °C}$ das wärmste Jahr.

Zukunft

So weit die Vergangenheit. Für einen Blick in die Zukunft gibt es Klimamodelle. Globale Klimamodelle erlauben dank der umfassenden Abdeckung der Erde eine Abbildung über weltweite Entwicklungen in unterschiedlichen Klimazonen. Regionale Klimamodelle hingegen erlauben aufgrund ihres feineren Gitternetzes eine kleinräumigere, detailliertere Darstellung für spezifische Fragestellungen. Generell können die Modelle die klimatischen Gegebenheiten und Entwicklungen gut abbilden. Viele phy-



Volkswagen, just electric.

Elektrisch beginnt. Jetzt mehr erfahren: [volkswagen.de/ID](https://www.volkswagen.de/ID)



Studie



sikalische Prozesse im Klimasystem sind gut verstanden. Da aber niemand weiß, wie die Zukunft genau aussehen wird, wurden sogenannte Szenarien entwickelt, die jeweils ein mögliches zukünftiges Klima darstellen. Dabei wird nicht nur die zukünftige Menge an Treibhausgasen abgeschätzt, sondern auch beispielsweise die Entwicklung der Weltbevölkerung und der Landnutzung. Um die gesamte Bandbreite möglicher Entwicklungen des Klimas zu berücksichtigen, werden mehrere Klimasimulationen mit unterschiedlichen Szenarien durchgeführt. Abhängig, welches Szenario verwendet wird bzw. welchen Weg wir auf der Erde wählen, steigt die globale Mitteltemperatur bis Ende dieses Jahrhunderts um nur ein halbes Grad, drei Grad oder sogar darüber hinaus.

Aufgrund dieser globalen Änderungen ändert sich auch unser Wetter. Obwohl das Wetter von Tag zu Tag schwankt, können auch hier bereits Änderungen festgestellt werden. Diese Änderungen betreffen nicht nur die Mittelwerte, sondern auch die Extreme. Es wird erwartet, dass in Zukunft häufiger extreme Wettersituationen auftreten werden. Wichtige Fragen dabei sind, wie stark, wie oft und für wen sich die Extreme ändern. Während es rund um den Äquator tropische Wirbelstürme gibt, haben wir es in Deutschland eher mit Hitzewellen und Starkniederschlägen zu tun. Damit umzugehen und sich bei Veränderungen anzupassen ist ein wichtiges aktuelles Forschungsfeld.

Handeln

Viele dieser Änderungen haben einen direkten oder indirekten Einfluss auf unser Leben. Bei einer Zunahme der Temperatur wird unter anderem die Häufigkeit von Hitzeperioden steigen. Vor allem in den städtischen Ballungsräumen werden wir uns deswegen an Hitze anpassen müssen. Zum einen können wir selber den Aufenthalt im Freien – falls möglich – vermeiden und darauf achten, genügend zu trinken. Zum anderen sollten auch auf der regionalen und kommunalen Ebene Maßnahmen umgesetzt werden. Beim Thema Hitze bedeutet dies beispielsweise die Schaffung kühler Rückzugsorte durch das Anlegen von Grünstreifen und Parkanlagen. Außerdem sollte in der Stadtplanung verstärkt auf eine möglichst gute Durchlüftung der Städte geachtet werden. Dies ist zudem wichtig, da in den Städten die Nächte im Vergleich zum Umland weniger stark abkühlen. Aber nicht nur der Mensch ist von Hitze betroffen, auch Flora und Fauna leiden mindestens genauso stark unter der Hitzebelastung. Vor allem in

Kombination mit Trockenheit können sich die Folgen beispielsweise in der Forstwirtschaft noch bemerkbar machen. Ein einzelner Sommer ist noch verkraftbar, bei mehreren trockenen und heißen Sommern innerhalb weniger Jahren, haben viele Bäume zu wenig Zeit, sich zu erholen, was den Baumbestand schwächt. Aktuelle Klimasimulationen zeigen, dass diese Erholungszeit tatsächlich immer kürzer wird. Deswegen ist es wichtig, in der Forstwirtschaft und generell bei der Baumbegrünung vermehrt auf einen hitzeresistenteren Baumbestand zu setzen. Auch wenn nicht jeder Sommer so heiß und trocken sein wird wie 2015 oder 2018, geht der Trend jedoch eindeutig in Richtung eines häufigeren Auftretens solcher Sommer. Daher sind auch in der Landwirtschaft Überlegungen wichtig, inwieweit die bislang angebaute Arten auch in Zukunft noch Gewinne bringen können. Bei einem immer wärmer werdenden Winter wird der Skibetrieb in den deutschen Mittelgebirgen immer schwieriger. Bereits jetzt ist in vielen Regionen eine Schneesicherheit nicht mehr gegeben, was den Skibetrieb nach alternativen Lösungen für die Tourismusbranche suchen lässt. Ein erweitertes Wellness-Angebot könnte hier eine mögliche Alternative sein. Da die Ergebnisse der Klimaforschung zeigen, dass die Winter zwar wärmer, dafür aber niederschlagsreicher sein werden, kann es immer wieder vorkommen, dass es einzelne Winter mit viel Schnee geben wird. Und das nicht trotz, sondern wegen der höheren Temperaturen.

Die Komplexität der Veränderungen zeigt, dass unterschiedliche Branchen auf verschiedene Art und Weise vom Klimawandel betroffen sind. Bereits jetzt lohnt sich deswegen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Klimawandel, um herauszufinden, in welchen Bereichen meines Handelns welche Folgen mich am meisten berühren. Abhängig von der Branche, sollte dies auf kommunaler Ebene, auf der Ebene der Länder oder auf Bundesebene stattfinden. Aktuell finden in der Forschung immer häufiger Projekte statt, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Ergebnisse aus der Klimaforschung mit der Erfahrung im Umgang mit dem Klima von Akteuren in der Praxis zu verknüpfen. Neben dem Thema Klimaschutz – die Vermeidung des Klimawandels – ist also das Thema Klimawandelanpassung von mindestens gleichwertiger Bedeutung, damit die Menschheit auch in Zukunft auf die eigens vor einigen Jahrzehnten in Gang gesetzten Klimaveränderungen nachhaltig reagieren kann.



Der Autor: **Dr. Hans Schipper** ist Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung (IMK-TRO)/Süddeutsches Klimabüro am Karlsruher Institut für Technologie (KIT).



Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!



Reisetermin:

03.11. bis 10.11.2019

Erholungswoche vorab auf Anfrage

Inklusivleistungen:

- Flüge Deutschland* / Neapel / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
 - Flughafengebühren und Kerosinzuschläge von EUR 44,- bis EUR 107,- pro Person (Stand 07/19)
 - Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
 - 7 Übernachtungen im Grand Hotel President**** (Landeskategorie) im Doppelzimmer
 - Halbpension (Frühstück und serviertes Abendessen)
 - Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit klimatisiertem Reisebus inklusive Eintrittsgelder
 - Besuch eines Landgutes
 - Deutschsprachige Reiseführung
 - Umfangreiche Informationen zur Reise
- Flüge wahlweise ab/bis: Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, München und Stuttgart (teilweise mit Umstieg). Weitere Abflughäfen auf Anfrage.

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen (Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 45,- für die Grundwoche und EUR 55,- inklusive Aufenthaltswoche vorab pro Person. Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)
- Eintrittsgeld zum Aufstieg auf den Vesuv
- Evtl. anfallende Ortstax Sorrent (zahlbar direkt vor Ort im Hotel)

Barrierefreiheit kann nicht gewährleistet werden. Ob die Reise trotzdem Ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, erfragen Sie bitte vor Buchung.

SORRENT



Schon die Römer schätzten die klimatischen und landschaftlichen Vorzüge der Halbinsel von Sorrent. Davon legen die Überreste vieler prachtvoller Villen eindrucksvoll Zeugnis ab.

Heute bietet die „Perle Kampaniens“ zusätzlich zahlreiche historische und kulturelle Stätten, die einen Besuch lohnen. Wir nehmen uns Zeit für einen Ausflug in die Regionalhauptstadt Neapel, gelegen im Schatten des Vesuv. Der bis heute aktive Vulkan begrub bei einem Ausbruch im Jahre 79 n. Chr. die römische Stadt Pompeji unter Asche und Bimsstein und konservierte sie so für die Nachwelt. Weitere Besichtigungspunkte sind Amalfi, Ravello und Sorrent. Ausflüge zur vielbesungenen Insel Capri sowie nach Paestum sind optional buchbar.

Natürlich werden Sie auch ausreichend Gelegenheit haben, die kulinarischen Genüsse aus Küche und Keller und das milde Klima zu genießen.



INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: **SORRENT**

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 023 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur Sorrent-Reise

Name, Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____

Telefon _____
 E-Mail _____

per Briefpost per E-Mail

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

Hotel President****

Lage: Das Grand Hotel President liegt oberhalb von Sorrent. Von hier aus bietet sich ein herrlicher Panoramablick über die Bucht von Neapel und auf den Vesuv. Das Zentrum von Sorrent ist in wenigen Minuten mit dem hoteleigenen Shuttle-Bus erreichbar.

Ausstattung: Eingangshalle mit Rezeption(24-Stunden-Service), Lounge mit Piano, Bar, Restaurant, Panoramaterrasse, Konferenzraum, Gartenanlage, Außen-Swimmingpool mit Sonnenterrasse, Sauna, kleiner Spabereich, türkisches Bad (Nutzung teilweise gegen Gebühr).

Zimmer: Die gemütlich eingerichteten Zimmer verfügen über Bad/Dusche, WC, Klimaanlage, Satelliten-Farbfernseher, Haartrockner, Direktwahl-Telefon, WiFi-Verbindung, Minibar und Safe. Zimmer mit direktem Meerblick sind gegen Aufpreis buchbar.

Reisepreise:

EUR **895,-**
 Preis pro Person im Doppelzimmer*
 Einzelzimmer-Zuschlag/
 Woche: EUR 245,-
 Zuschlag garantierter Meerblick im
 Doppelzimmer* pro Person/
 Woche: EUR 56,-
 Zuschlag garantierter Meerblick im
 Einzelzimmer (sehr begrenztes
 Kontingent)/Woche: EUR 126,-
 Erholungswoche vorab pro Person
 im Doppelzimmer*: EUR 385,-
 * bei Zweierbelegung inkl. Halbpension

Flugzuschläge:

→ **Grundpreis inkl. Flüge ab/bis:**
 Düsseldorf, Köln-Bonn und
 Stuttgart
 → **Flugzuschläge für Flüge ab/bis:**
 Hamburg, Hannover und
 München pro Person: EUR 50,-
 Berlin und Frankfurt
 pro Person: EUR 80,-

souverän IN EIGENE SACHE

Unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern verlosen wir fünf Mal ein Sommelier-Set. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden von uns persönlich kontaktiert. Sollten Sie an dem Gewinnspiel teilnehmen wollen, so geben Sie bitte auch Ihre Adresse mit an. Sie können uns die Postkarte auch eingescannt per Email schicken: seniorenunion@cdu.de – oder faxen: 030 220 70 449.

Mit Souverän hat die Senioren-Union ein Mitgliedermagazin, das die unterschiedlichsten Themen aufgreift, eine Fülle interessanter Berichte enthält und in dem führende CDU-Politikerinnen und -Politiker in Gastbeiträgen und Interviews zu aktuellen politischen Fragen Stellung nehmen.

Wir möchten mit Ihnen zusammen Souverän weiterentwickeln. Auch wir haben Nachhaltigkeit und Umweltschutz bei der Produktion und dem Versand von Souverän im Blick. Die vielfältigen Möglichkeiten, digital miteinander in Kontakt zu treten und Informationen zu erhalten, könnten uns dabei helfen, Souverän sehr viel umweltschonender bereitzustellen. Und nicht nur das: es wäre uns dadurch auch möglich, die stetig steigenden Kosten für Druck und Vertrieb zu senken.

Wie sieht für Sie die Zukunft von Souverän aus? Wir haben aus einer Vielzahl von Fragen einen kleinen Fragebogen mit nur 5 Fragen für Sie vorbereitet. Die Fragen finden Sie hier und Ihre Antwortmöglichkeiten auf der Rücksende-Postkarte.

5 FRAGEN ZU SOUVERÄN:

- 1 Die Gestaltung**
Sollte die Gestaltung von Souverän geändert werden?
- 2 Berichte aus den Landesvereinigungen**
Möchten Sie mehr aus den Landesvereinigungen erfahren? Die separaten Landesbeilagen könnten ihren festen Platz in Souverän einnehmen.
- 3 Der Empfang**
Stellen Sie Empfang und Lesen von Souverän in digitaler Form (z.B. als PDF oder ePaper) vor große Schwierigkeiten?
- 4 Souverän öfter erhalten**
In rein digitaler Form könnte eine noch aktuellere Souverän jeden zweiten Monat statt nur quartalsweise erscheinen. Hätten Sie daran Interesse?
- 5 Ihr Beitrag**
Sind Sie bereit, für die postalische Zustellung von Souverän angesichts möglicher weiter steigender Portokosten und sinkender Anzeigenerlöse zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag einen finanziellen Beitrag zu leisten?



Machen Sie einfach Ihr entsprechendes Kreuz auf der Postkarte und schicken Sie uns diese bis zum 20. September 2019 zu. Das Porto übernehmen wir.

Machen Sie mit und gewinnen Sie!

Teilnahmebedingungen

Veranstalter des Gewinnspiels ist die Senioren-Union der CDU Deutschlands, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin. Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen Personen, die Mitglied in der Senioren-Union der CDU sind. Die Teilnahme für Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union der CDU und deren Angehörige ist ausgeschlossen. Mehrfachteilnahmen sowie die Teilnahme mit gefälschten Identitäten oder Identitäten von Drittpersonen sind nicht gestattet. Das Gewinnspiel findet vom 28. August 2019 bis zum 20. September 2019 statt. Um an dem Gewinnspiel teilzunehmen, muss der/die Teilnehmer/in die vollständig ausgefüllte Antwortpostkarte der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union der CDU zusenden. Die Gewinner

Datenschutz bei Gewinnspielen

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung sowie Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
Verantwortlicher gem. Art. 4 Abs. 7 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ist die Senioren-Union der CDU Deutschlands, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, seniorenunion@cdu.de. Unser Datenschutzbeauftragter steht Ihnen unter su-datenschutz@cdu.de oder unter unserer Postadresse mit dem Zusatz „z.Hd. des Datenschutzbeauftragten“ für Rückfragen bezüglich unseres Datenschutzes gerne zur Verfügung. Bei einer Teilnahme am Gewinnspiel verarbeiten wir von Ihnen nachfolgende Daten: Anrede, Vorname, Nachname, Straße und Hausnummer, PLZ, Ort.

Zwecke der Verarbeitung und Kategorien personenbezogener Daten
Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Durchführung des Gewinnspiels, u. a. um festzustellen, ob Sie teilnahmeberechtigt sind sowie zur Ermittlung und Benachrichtigung der Gewinnerinnen und Gewinner. Stellen Sie uns die genannten Daten nicht zur Verfügung ist eine Teilnahme am Gewinnspiel bzw. eine Kontaktaufnahme bzgl. einer Gewinnmitteilung nicht möglich. Mit Ihrem Einverständnis verarbeiten wir und unsere Gebietsvereinigungen Ihre oben genannten Mitgliederdaten im Rahmen unserer rechtmäßigen Tätigkeiten zum Zwecke der Arbeit der Vereinigung.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung
Die Datenverarbeitung dient ausschließlich dem Zweck der Durchführung des Gewinnspiels. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung dieses Schuldverhältnisses ist Art. 6 Abs. 1 lit. B) der EU-Datenschutzgrundverordnung in Verbindung mit Art. 9 der EU-Datenschutzgrundverordnung. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung im Rahmen der rechtmäßigen Tätigkeiten zum Zwecke der Arbeit der Vereinigung folgt aus Art. 9 Abs. 2 a) bzw. Art. 9 Abs. 2 d) der EU-Datenschutzgrundverordnung.

Empfänger der personenbezogenen Daten
Ihre Daten werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben, es sei denn, die Weitergabe ist für die Durchführung des Gewinnspiels oder die Versendung des Gewinns erforderlich und es liegt eine datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis vor.

werden unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die alle fünf Fragen beantwortet haben, ermittelt. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden über die Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union der CDU benachrichtigt. Der Gewinnanspruch verfällt nach Ablauf von sechs Wochen, wenn der/die Gewinner/in nicht ermittelbar ist oder wenn sich dieser nicht innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Gewinns bei der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union der CDU meldet. Die Senioren-Union der CDU Deutschlands ist berechtigt, die Namen und eventuell Fotos der Gewinner im Internet zu veröffentlichen. Bei dem ausgeschriebenen Gewinn handelt es sich um ein hochwertiges Sommelier-Set in edler Holzkiste bestehend aus einem Kellermesser, Flaschenverschluss und Tropfring. Eine Barauszahlung des Gewinns ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Teilnahmeabschluss ist der 20. September 2019. Druckfehler, Irrtümer, Änderungen sind vorbehalten. Für technische Probleme wird keine Haftung übernommen. Stand dieser Teilnahmebedingungen ist der 15. August 2019. Sie gelten bis auf Widerruf zwischen der Senioren-Union der CDU Deutschlands und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Gewinnspiels.

Innerhalb der Senioren-Union der CDU erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Beantwortung Ihrer Anfrage und/oder Erfüllung der Mitgliedschaftlichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Auch von uns beauftragte Auftragsverarbeiter können zu diesen Zwecken Daten erhalten, wenn sie die Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung/des Bundesdatenschutzgesetzes garantieren.

Datenübermittlung in ein Drittland
Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sogenannte Drittstaaten) findet nicht statt.

Speicherdauer
Nach Beendigung des Gewinnspiels werden Ihre im Rahmen des Gewinnspiels verarbeiteten Daten grundsätzlich innerhalb von 14 Tagen gelöscht. Ihre Mitgliederdaten verarbeiten wir, solange es im Rahmen geltender Rechtsvorschriften erforderlich ist. Geschäftliche Unterlagen, Beitragszahlungen oder Spendenzahlungen werden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben aufbewahrt. Sollten Sie die Löschung Ihrer Daten wünschen, werden wir Ihre Daten unverzüglich löschen, soweit der Löschung nicht rechtliche Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

Automatisierte Entscheidungsfindung oder Profiling
Wir führen keine automatisierte Entscheidungsfindung oder Profiling durch.

Ihre Rechte als betroffene Person
Nach der DS-GVO haben Sie das Recht auf: Auskunft über die Verarbeitung Ihrer Daten, Berichtigung oder Löschung Ihrer Daten, Einschränkung der Verarbeitung (nur noch Speicherung möglich), Widerspruch gegen die Verarbeitung, Datenübertragbarkeit, Widerruf Ihrer gegebenen Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft.

Beschwerde bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde
Ihre zuständige Aufsichtsbehörde ist die Ihres Wohnorts. Eine Liste der Aufsichtsbehörden finden Sie hier: https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html





/ FORSCHER FORDERN *Steuer* AUF KOHLENDIOXID



Prof. Ottmar Edenhofer



Prof. Christoph M. Schmidt

Wie lassen sich Klimaschutz und Ökonomie vereinbaren? Wissenschaftler haben Eckpunkte für einen marktwirtschaftlichen Weg raus aus der Kohle skizziert. Noch eine Steuer obendrauf oder sinnvoller Einstieg in nachhaltiges Wirtschaften?

Das Pariser Klimaabkommen sieht vor, den globalen Temperaturanstieg auf unter 2°C oder sogar 1,5°C zu begrenzen. Diese Ziele erfordern eine emissionsneutrale Weltwirtschaft ab der Mitte des 21. Jahrhunderts. Kann ein sektorübergreifender und weltweiter CO₂-Preis ein kosteneffektives Instrument zum Klimaschutz sein?

Professor Ottmar Edenhofer, Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Professor Christoph M. Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), haben vor diesem Hintergrund einen Vorschlag für Eckpunkte einer CO₂-Preisreform gemacht. Eine geeignete Strategie umfasst nach ihrer

Meinung folgende Elemente: erstens eine effektive internationale Koordination, um Wettbewerbsnachteile einzelner Staaten zu vermeiden. Zweitens eine nationale Bepreisung von CO₂, möglichst in einem breiten Verbund innerhalb der Europäischen Union. Und drittens die unterstützende Begleitung des aus der CO₂-Bepreisung folgenden Strukturwandels und eine Entlastung einkommensschwacher Haushalte. Deutschland sollte nach Meinung der Wirtschaftswissenschaftler darauf dringen, dass im Europäischen Emissionshandel (EU ETS) ein Mindestpreis von zunächst etwa 20 €/t CO₂ ab 2020 eingeführt wird, der bis zum Jahr 2030 auf 35 €/t CO₂ ansteigt. Sollte ein europaweiter Mindestpreis politisch nicht durchsetzbar sein, sollte Deutschland eine große Koalition der Willigen ins Leben rufen. Wettbewerbsnachteile energieintensiver und im internationalen Wettbewerb stehender Industrien könnten durch bereits bewährte Kompensationsmechanismen ausgeglichen werden.

Ein koordinierter Mindestpreis könnte wie folgt implementiert werden: Ist der Preis am europäischen Zertifikatemarkt niedrig, würde in der Koalition der Willigen jeweils eine zusätzliche nationale flexible CO₂-Steuer erhoben, um die Differenz zum vereinbarten Mindestpreis auszugleichen. Diese nationale Steuer würde umso höher ausfallen, je niedriger der Preis im EU ETS ist. Erreicht der Zertifikatspreis den verabredeten Mindestpreis, wäre die nationale Steuer gerade null. Übersteigt der Preis im Emissionshandel diesen Wert, entfielen die zusätzliche Besteuerung. Durch die kürzlich

verabschiedete Reform des EU ETS führen nationale Zusatzanstrengungen nun nicht mehr notwendigerweise dazu, dass der Preis der Emissionszertifikate sinkt und damit für die anderen Mitgliedsstaaten ein Anreiz entsteht, ihre Emissionen zu erhöhen. Ungenutzte Zertifikate werden nämlich ab dem Jahr 2023 im großen Umfang gelöscht.

Unterschiedliche Auffassungen haben die Autoren über die Voraussetzungen zur Einführung eines CO₂-Preises. Ottmar Edenhofer ist der Auffassung, dass Deutschland eine nationale CO₂-Steuer in jedem Fall zügig einführen sollte, da dies für das Erreichen der nationalen sektoralen Ziele unverzichtbar sei. Der von der Kohlekommission aller Voraussicht nach vorgeschlagene ordnungsrechtliche Kohleausstieg müsse um einen nationalen CO₂-Mindestpreis ergänzt werden, um mögliche Rebound-Effekte (Anm. der Red.: Effekte, die dazu führen, dass das Einsparpotenzial von Effizienzsteigerungen nicht oder nur teilweise verwirklicht wird) zu verhindern. Denn ein ausschließlich ordnungsrechtlicher Kohleausstieg würde das erhebliche Risiko bergen, dass die Emissionen dennoch weitersteigen, etwa wenn die Abschaltung von Braunkohlekraftwerken und das dadurch steigende Strompreinsniveau dazu führen, dass verstärkt Steinkohlekraftwerke eingesetzt werden. Damit wäre in Deutschland der Einstieg in eine stabile CO₂-Bepreisung gelungen, die das Ordnungsrecht schrittweise ablösen kann. Christoph Schmidt hingegen ist skeptisch, ob eine Koalition der Willigen nach der Einführung des nationalen Mindestpreises noch geformt werden kann, und sieht dies daher als zwingende Voraussetzung für die Erhebung einer nationalen Steuer. Mit einem Mindestpreis im EU ETS wäre aber nur ein erster Schritt gemacht. Ein CO₂-Preissignal würde nicht nur in den dort erfassten Sektoren benötigt, sondern auch in anderen Sektoren wie etwa Verkehr und Wärme. In einem weiteren Schritt könnten daher Deutschland, Frankreich und andere Staaten ihre Energieabgaben reformieren, indem sie die Besteuerung für alle Sektoren und Energieträger am CO₂-Gehalt der Energieträger orientieren und hier ebenfalls einen

BDI

RIESIGES PUZZLE

„Das Thema CO₂-Reduktion ist im Grunde ein riesiges Puzzle. Wir haben das in unserer BDI-Klimastudie ganz plastisch dargestellt. Selbst für eine 80-prozentige Reduktion der Emissionen bis 2050 müssen Millionen von unterschiedlichen Investitionsentscheidungen getroffen werden. Von Unternehmen, von Staaten, von Gemeinden, Kommunen, aber natürlich auch von sehr vielen individuellen Personen. Unsere Klimapfade haben gezeigt, dass aber vier Fünftel der – volkswirtschaftlich – sinnvollen Maßnahmen sich für den einzelnen Investor (Hausbesitzer, Autokäufer, Anlagenbetreiber) nicht rechnen. Die Aufgabe der Politik ist es also, die Hürden für diese individuellen Investitionsentscheidungen abzubauen.“
Holger Lösch, stellv. Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI)

Mindestpreis einführen. Gleichzeitig könnte die Stromsteuer auf ein Minimum reduziert werden, entfaltet sie doch ohnehin nicht die gewünschte klimapolitische Lenkungswirkung, denn sie belastet gleichermaßen aus erneuerbaren wie aus fossilen Brennstoffen erzeugten Strom. Damit ließe sich auch die im Koalitionsvertrag angestrebte Sektorkopplung (Anm. der Red.: Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft sowie der Industrie, die gekoppelt, also in einem gemeinsamen Ansatz, optimiert werden sollen) vorantreiben.

Die Sektorkopplung auf Basis eines einheitlichen CO₂-Preises ist letztlich der einzige industriepolitisch sinnvolle Weg. Denn es hätte etwa wenig Sinn, Elektromobilität zu fördern, wenn nicht zugleich sichergestellt würde, dass die damit verbundene höhere Stromnachfrage weitgehend ohne CO₂-Emissionen gedeckt werden kann. Dazu bedarf es eines einheitlichen Preissignals für alle Sektoren.

Konkret könnte eine Energiesteuerreform dafür sorgen, dass die Energiesteuern auf Heizöl, Erdgas und andere zur Wärmeerzeugung verwendete fossile Brennstoffe sowie die Treibstoffsteuern auf Benzin und Diesel den nationalen CO₂-Mindestpreis von 20 €/t CO₂ in 2020 berücksichtigen. Dieser Preis wäre im Transportsektor zunächst auf die bestehenden Steuern aufzuschlagen (20 €/t CO₂ wären im Transportsektor 5,2 ct/l Diesel und 4,6 ct/l

Benzin). Bei einem nachfolgenden Anstieg des deutschen Mindestpreises auf 35 €/t CO₂ in 2030 und darüber hinaus sollten die CO₂-Preise automatisch entsprechend koordiniert ansteigen. Ottmar Edenhofer schlägt zudem vor, die Besteuerung von Diesel mit Benzin gleichzustellen, da es keine umwelt- oder fiskalpolitischen Gründe zur steuerlichen Bevorteilung des Diesels gibt. Damit würde der Dieselseuersatz um 18 ct/l angehoben.

Beide Autoren sind sich einig, dass im Transport- und allen anderen Sektoren grundsätzlich ein Politikmix eingeführt werden sollte. Diese Politikinstrumente sollten zeitlich und lokal differenziert sein, etwa durch eine Maut für besonders von Stau betroffene Innenstadtbereiche in der Haupt- und Nebenverkehrszeit. Dies wäre Aufgabe einer grundlegenden Energieabgabenreform, die auch grundsätzliche fiskalische Erwägungen miteinbeziehen sollte und noch einer gründlichen wissenschaftlichen und politischen Debatte bedarf. Mit den steuerlichen Mehreinnahmen aus der hier vorgeschlagenen CO₂-Preisreform für Deutschland kann eine weitgehende Reduzierung der Stromsteuer auf den europäischen Mindestsatz gegenfinanziert



werden. Damit würde auch die Belastung der Energieverbraucher gedämpft. Dennoch seien, so die Forscher, die entstehenden Verteilungswirkungen noch sorgfältig zu untersuchen und mögliche Gegenmaßnahmen zu erwägen. Christoph Schmidt schlägt vor, dazu an erster Stelle die bestehenden Energiesteuern auf Heizöl, Erdgas und andere zur Wärmeerzeugung verwendete fossile Brennstoffe abzuschaffen. Zusätzliche Einnahmen aus der CO₂-Preisreform könnten durch pauschale Pro-Kopf-Transfers zur Rückverteilung der zusätzlichen Steuereinnahmen an die Bevölkerung zurückgegeben werden.

Emissionshandel schlägt CO₂-Steuer

Im Auftrag des Wirtschaftsverbandes „Die Familienunternehmer“ untersuchte Professor Dr. Joachim Weimann, Umweltökonom an der Universität Magdeburg, die Wirksamkeit von CO₂-Steuer und Emissionshandel. Die Ergebnisse: Am Emissionshandel führt rational kein Weg mehr vorbei. Karl Tack, Vorsitzender der Energiepolitischen Kommission und Vizepräsident der Familienunternehmer, kommentiert: „Trotz dreistelliger Milliardeninvestitionen verfehlt Deutschland bisher seine Klimaschutzziele. Das Gutachten zeigt: Das deutlich effizientere Instrument ist der Emissionshandel. Er muss zügig auf alle Sektoren ausgedehnt werden.“ Um Kohlendioxid so effizient wie möglich zu vermeiden, sind die Kosten pro eingesparter Tonne CO₂ so gering wie möglich zu halten. Die Zahlen aber zeigen: Diese Prämisse hat die bisherige Energiepolitik ins Gegenteil verkehrt. Es türmen sich beispielsweise für Atomausstieg und Förderung der Erneuerbaren Energien die Kosten je eingesparter Tonne CO₂ auf etwa 766 Euro. Selbst ohne Atomausstieg gerechnet, ist dies mit 290 Euro pro Tonne CO₂ gut das Zwölfwache vom Preis einer Tonne CO₂ im Emissionshandel (25 Euro). Ebenso alarmierend sind die Zahlen für Elektromobilität: Die Kosten für eine dadurch vermiedene Tonne CO₂ türmen sich selbst unter günstigsten Annahmen auf circa 1.000 (in Worten: tausend) Euro. Tack: „Der Einsatz ineffizienter Instrumente ist Verschwendung. Wir werden damit keine Nachahmer finden. Wir können keine Maßnahmen entwickeln, die nicht von anderen Ländern übernommen werden können.“



DER POLITIK *fehlt* EIN MASTERPLAN

Deutschland erlebt einen regelrechten Klima-Hype. Nach der Kernkraft- soll auch die Braunkohlennutzung ein schnelles Ende finden. Können wir uns das leisten? Ein Interview mit dem renommierten Berliner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Herfried Münkler.

Mit der gleichzeitigen Abkehr von Atomkraft und Kohle will Deutschland das klimapolitische Vorbild Europas sein. Ist das als Einladung zu einer gemeinsamen Reise zu verstehen oder als neuerlicher deutscher Sonderweg, zu dem wir ja auf häufig fatale Weise neigen?

Münkler: Die tendenzielle Gleichzeitigkeit des Ausstiegs aus der Atomkraft und aus der Kohle hat sich eher zufällig und in Reaktion auf unterschiedliche Herausforderungen von außen ergeben. Die Rückgängigmachung des Ausstiegs aus der Atomkraft in Reaktion auf Fukushima durch eine schwarz-gelbe Regierung war so nicht erwartbar; entsprechend hatte sich die Kanzlerin zuvor ja auch geäußert. Die Politiker in einer modernen Demokratie schauen jede Woche auf die Zahlen der Demoskopen. Die haben ihnen gesagt, dass nach Fukushima mit einem Hype der Grünen zu rechnen sei. Der hat ja dann bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg auch tatsächlich stattgefunden. Das war also eine Entscheidung im Hinblick auf die gesellschaftliche Akzeptanz. Der Kohleausstieg hingegen ist der Klimaveränderung geschuldet. Die hat in den letzten Jahren noch einmal eine dramatische Zuspitzung erfahren, so dass es hier angesichts der Prognosen der Klimaforscher Reaktionszwang gab. Man kann gut beobachten, dass Politik hier insgesamt reaktiv war und nicht proaktiv

einem Masterplan gefolgt ist. Denn sonst hätte man sagen können: Wir bereiten aus guten Gründen den Ausstieg aus der Kohle vor. Dafür brauchen wir einen Zeitraum von 20, 30 Jahren, in dem wir komplementär auf Nuklearenergie zurückgreifen können. Vielmehr ist die Politik in ein Problem hineingeraten, aus dem sie mangels vorherigen Plans nicht mehr herausgekommen ist. Und weil man sich in der Politik ungern in der schwachen Rolle eines Getriebenen sieht, werden dann die Spindoktoren bemüht, die daraus eine nach einem Projekt klingende Erzählung stricken.

Nicht nur bei den Digitaltechniken, hier aber am deutlichsten sichtbar, ist das industrielle Deutschland im internationalen Vergleich zurückgefallen. Der Leistungsmythos ist brüchig geworden. Könnte das erklärte Primat der Klimapolitik der Versuch sein, weltweites Renommee auf einem anderen Aktionsfeld zurückzugewinnen? Ich sehe hier kein strategisches Projekt. Dieser Regierung ist schon klar, dass man sich die betriebene Klimapolitik nur dann leisten kann, wenn man eine hohe Innovationsbereitschaft hat. Wer beim Umweltschutz führend sein will, muss besonders innovativ und besonders konkurrenzfähig sein. Er muss eine Antwort geben auf die Frage: Können wir uns das leisten? Die Deutschen haben während der letzten Jahre in der Industriepolitik und bei der strategischen Aufstellung relativ wenig hibekommen. Beim fehlgeschlagenen Zusammenschluss der Zugsparten von Siemens und Alstom hat die EU obendrein mit Blick auf die europäische Konkurrenzsituation agiert – aber nicht im Hinblick auf eine globale Konkurrenzfähigkeit. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist eigentlich der Erste, der in Richtung einer globalen Konkurrenzfähigkeit Vorstellungen entwickelt hat. Er bekommt jedoch permanent, auch von Seiten der Industrieverbände, Knüppel zwischen die Beine geworfen, zumal seine Zeit ebenso wie die von Merkel gezählt ist und sich viele Friedrich Merz an seiner Stelle wünschen. Ich glaube aber nicht, dass Merz im Hinblick

auf eine Konkurrenz von drei, vier Akteuren im globalen Rahmen strategisch denkt und erkennt, dass die Europäer hier gut aufgestellt sein müssen. Merkel und Altmaier haben das Problem begriffen, und natürlich fällt den Deutschen in Europa die Schlüsselaufgabe zu, industriepolitisch, technologisch und innovativ die Rolle des Spitzenreiters zu übernehmen. Bis man da entsprechend aufgestellt ist, werden ein, zwei Jahrzehnte ins Land ziehen. Wenn man den Umgang mit dieser Herausforderung nicht als Gegensatz zur Klimapolitik versteht, sondern als komplementär, also in gegenseitiger Ergänzung, dann könnte ein Schuh draus werden. Das läuft auf ein großes und anstrengendes Projekt hinaus, für das man die Bürger politisch gewinnen muss, weil es erhebliche Umschichtungen im Bundeshaushalt zur Folge hat: mehr Zukunft, weniger Gegenwart. Man muss das öffentlich kommunizieren. Etwa so: Wir können uns Klimapolitik und Wohlfahrtsstaat auch in Zukunft leisten, aber nur unter der Voraussetzung, dass wir eine technologische Spitzenposition behalten. Andernfalls werden wir die klimapolitischen Vorgaben nicht einhalten können. Und außerdem werden wir dann tiefe Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat vornehmen müssen.

Kritiker der „alternativlosen“ Umweltpolitik weisen auf die den Deutschen innewohnende romantische Sehnsucht hin: erst den Wald, dann die Wale und nun die Welt retten. Inwieweit halten Sie diese Erklärung für plausibel? Auch hier beobachten wir den Versuch, die eigene Behäbigkeit und das Ruhebedürfnis, auch den inzwischen eingetretenen Rückstand, umzuerzählen in etwas, was eine besondere Rolle wie die Liebe zur Natur darstellt. Romantik hat indes immer eine doppelgesichtige Seite. Sie weist uns darauf hin, dass ein allzu hohes Tempo von Veränderungen einen, wie der Soziologe Peter Waldmann das nennt, „konservativen Impuls“ freisetzt. Der schlägt sich dann gern in einer Verklärung der Vergangenheit nieder. Dabei wird jedoch übersehen, dass es romantische Ausstiege für Einzelne geben

kann, nicht aber für ganze Gesellschaften. Als Faustregel gilt: Wir können uns im Privaten Romantik umso eher leisten, je weniger wir uns im Politischen und im Gesellschaftlichen dem hingeben. Das Problem ist, dass viele auf sinnvolle Entwicklung statt auf Komplementarität setzen.

Die von der Schwedin Greta Thunberg ausgelöste „Fridays for Future“-Bewegung bringt Tausende auf die Straßen. Was werden die weiteren Folgen sein, wenn sich romantische Vorstellungen in Politik und Gesellschaft ausbreiten?

In einer Reihe von europäischen Ländern wird das Stigma einer autistischen jungen Frau als Charisma angesehen, als Zeichen eines höheren Wissens, einer messianischen Rolle. Das ist natürlich einmal mehr ein Medienhype, zumal die deutsche Politik an charismatischen Persönlichkeiten zurzeit nichts anzubieten hat. Unter den permanenten Suchbewegungen des Radars ist Greta Thunberg aufgetaucht und wird angehimmelt als vom Norden gesandt und etwas wissend, was wir selbst nicht wissen, wiewohl alles, was sie sagt, längst bekannt ist. Was hier obendrein stattfindet, ist ein Aufeinanderprallen der Generationen, der im Erwerbsleben Stehenden und derer, die noch davorstehen, zugleich der postmaterialistischen und der materiellen Werte. In diesem Konflikt ist Thunberg zu einem Symbol der Jungen und der Postmaterialisten geworden. Das wird sich jedoch ebenso schnell wieder auflösen wie die Occupy-Bewegung. Der Bilder wird man irgendwann überdrüssig, und dann zieht die Karawane weiter.

Allerdings markiert dieser Konflikt eine Spaltungslinie der Gesellschaft in der Gegenwart und erst recht in der Zukunft. Insofern glaube ich, werden in Zukunft wieder neue und andere Thunbergs auftreten, mit denen sich die postmaterielle Seite in Szene setzt und den Konflikt befeuert – ganz ohne materielle Forderungen wie mehr Wachstum oder mehr Lohn. Die Gruppierung des Einspruchs gegen die Veränderungen der materiellen Welt ist auf solche Leitfiguren angewiesen und bringt sich in ihnen und durch sie in Stellung.

Ist den Postmaterialisten klar, dass ihre Ziele nur auf einer stabilen materiellen Basis, und da sind wir wieder bei Technologie und Industriepolitik, zu erreichen sind?

Das weiß ich nicht. Das müssten Sie die selber oder die Demoskopen fragen. Aber als



Professor Dr. phil. Herfried Münkler, Jahrgang 1951, ist ein deutscher Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Politische Theorie und Ideengeschichte. Er lehrte bis zu seiner Emeritierung im Oktober 2018 als ordentlicher Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin.

„Wir können uns Klimapolitik und Wohlfahrtsstaat auch in Zukunft leisten, aber nur unter der Voraussetzung, dass wir eine technologische Spitzenposition behalten.“

Politikwissenschaftler weiß ich, dass Politik die Aufgabe hat, ihnen genau das klar zu machen. Deutlich zu machen, dass postmaterielle Werte auf Dauer nur durchsetzbar sind und aufrechterhalten werden können, wenn gewisse materielle Voraussetzungen geschaffen sind. Und die sind gesellschaftlich zu schaffen und nicht in der individuellen oder familialen Sättigung. Ansonsten befördert der stärker werdende Gegensatz zwischen materiellen und postmaterialistischen Einstellungen natürlich die Spaltung der Gesellschaft, und daran ist bedeutsam, dass sich dieser Konflikt schwerlich durch Kompromisse der herkömmlichen Art schlichten lässt.

In der Umweltpolitik geht ein Riss durch Deutschland. Klimaretter stehen gegen Wohlstandsbewahrer – aber beide Gruppen vereint der Gedanke an „die eine Welt“. Kann die voranschreitende Globalisierung diesen Riss kitten oder droht sie ihn noch zu vergrößern?

Auf absehbare Zeit wird die Globalisierung diesen Riss eher vergrößern. An diesem Riss laborieren seit 40 Jahren in Europa die Sozialdemokraten und in den USA die Demokraten, nämlich auf der einen Seite den Gegensatz zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden zu bearbeiten und auf der anderen Seite darauf zu achten, dass die Verminderung der globalen Ungleichheit nicht zu Lasten der bislang relativ gut aufgestellten reichen Gesellschaften des Nordens geht. Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien ist auch eine Reaktion darauf, dass sich in den letzten 20 Jahren das globale Gefälle abgeschwächt hat, aber die Einkommensspreizung in den reichen Gesellschaften größer geworden ist. Die Zahl der Schwellenländer und deren relativer Wohlstand sind gestiegen, China ist das Symbol dessen. Das hat zur Verlagerung von Produktionsstandorten geführt und zu einer Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften in den alten Industrieländern, um keine weiteren Produktionsverlagerungen zu forcieren. Die ehemaligen Montangebiete, Saarland, Ruhrgebiet, die Lausitz, Lothringen, eigentlich ganz Nordfrankreich, die Wallonie, kann man als die Bereiche sehen, in denen das Gefühl des Abgehängtseins, des Überflüssigwerdens, der Verarmung und Verödung dazu führt, dass hier eine massive Kampagne „Zurück zur Nation“ in Gestalt rechtspopulistischer Parteien entstanden ist. Mit der Folge, dass die Spielräume liberaler Regierungen immer kleiner werden. Von daher wird Politik in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten,



in hohem Maße damit beschäftigt sein, den Unterschied zwischen dem globalen Süden und dem reichen Norden, auch in Gestalt unkontrollierter Migrationsbewegungen, in Grenzen zu halten und gleichzeitig die Spaltung im Innern wieder zu reduzieren. Das alles hat aber zur Voraussetzung, dass die Wirtschaft brummt.

In der Klimapolitik bewegen sich die Parteien in ihren Zirkeln der eigenen Überlegenheit. Es rumort allenfalls im Untergrund. Bleibt das so?

Politische Theorie setzt auf die konfrontative Klärung von Problemen. Voraussetzung dafür ist politische Urteilskraft, und die kann sich nur dort entwickeln, wo Politik ausführlich und immer wieder erklärt, warum was erforderlich ist. In einer Demokratie, wo tendenziell einhundert Prozent der Bevölkerung aufgerufen sind, über solche Fragen mitzubestimmen, gibt es ein Kompetenzdefizit. Das wird dadurch kompensiert, dass viele Fragen moralisiert werden. Das verschafft uns die Möglichkeit, auch dann über Dinge zu reden, wenn wir davon nur wenig verstehen. Das ist in Deutschland besonders ausgeprägt, nicht zuletzt angesichts der furcht-

baren Verbrechen in der Nazizeit. Weil das nie wieder passieren soll, haben viele Deutsche sich abgewöhnt, langfristig, unterkühlt und rational zu handeln. Dafür denken sie kurzfristig und moralisch. Die Herausforderungen der Parteien ist, die Demokratie gegenüber nicht-demokratischer Konkurrenz widerstandsfähig zu machen, indem man eine kluge Bürgerschaft hat, die sich die Mühe macht, die Dinge zu hinterfragen und zu beurteilen, und die nicht den leichten Weg der Moralisation geht. Es geht um politische Urteilskraft, und der Bezug ist dabei der einzelne Bürger, nicht das Volk, das in den unterschiedlichen Spielarten des Populismus apostrophiert wird.

Wir haben gerade ein neues Europa-Parlament gewählt, und der Glaube an die politische Einigung des Kontinents ist augenscheinlich auf einem Tiefststand. Unter welchen Voraussetzungen kann die Klimapolitik eine größere integrative Rolle spielen? Oder ist sie eher den desintegrativen Faktoren zuzurechnen?

Ich fürchte Letzteres. Die Franzosen setzen im

Unterschied zu den Deutschen auf Nuklearenergie. Die Polen sagen, wir werden den Teufel tun, einen vergleichbaren Kohleausstieg zu machen, weil wir uns das gar nicht leisten können. Wenn Brüssel den Nuklear- und Kohleausstieg forciert, wird das die Spaltungslinien innerhalb der EU nur vergrößern. Klimapolitik macht aber nur dann Sinn, wenn sie nicht an den Nationalgrenzen endet, sondern größere Räume umfasst. Das ist das Dilemma. Hier kommt man sicherlich nicht weiter, wenn die Deutschen sich demonstrativ als Vorreiter oder gar als Lehrmeister aufspielen. Das wird europapolitisch eher spaltend als vereinigend wirken.

Der Erneuerbaren für Energieversorgung und Klimaschutz. Ihm ist es im Wesentlichen zu verdanken, dass 1991 das sogenannte Einspeisegesetz – Vorgänger des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – verabschiedet wurde. Es verpflichtete die Energieversorgungsunternehmen dazu, Windstrom in ihre Netze aufzunehmen und zu einem Festpreis zu vergüten.

Im April 1995 war Angela Merkel als deutsche Umweltministerin Gastgeberin der ersten UN-Klimakonferenz in Berlin, die den Einstieg in die internationale Reduzierung von Treibhausgasen ermöglichte. Und bei den überaus schwierigen Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll 1997 trug Merkel wesentlich zum Gelingen bei.

2005 wurde Angela Merkel Bundeskanzlerin. Gleichzeitig trat auf europäischer Ebene die Einführung des Emissionshandels in Kraft. Rund 45 Prozent aller europäischen Treibhausgasemissionen wurden in den Handel mit den Verschmutzungsrechten einbezogen. 28 EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen, Island und Liechtenstein nehmen seitdem daran teil. Rund 12.000 Anlagen wie Kraftwerke, Raffinerien und Stahlwerke sind eingebunden. Der Clou des Emissionshandels besteht darin, dass die Mengengrenzungen zielgenau erreicht werden.

2007 beschlossen die EU-Staaten unter deutscher Ratspräsidentschaft die sogenannten 20-20-20-Ziele für das Klima. Das bedeutete: Die Treibhausgasemissionen sollten um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 gesenkt werden. 20 Prozent der Energie sollten aus erneuerbaren Quellen kommen, und die Energieeffizienz sollte um 20 Prozent erhöht werden. Um diesem Ziel näher zu kommen, brachte die Bundesregierung ein Energie- und Klimaprogramm mit 29 Maßnahmen auf den Weg. Am 12. Dezember 2015 schließlich wurde in der französischen Hauptstadt Geschichte geschrieben: Dort beschloss die internationale Klimakonferenz das Pariser Abkommen. Treibende Kraft war wiederum Angela Merkel, auch wenn sie maßgeblich vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama unterstützt wurde. Nach vielen Jahren intensiver Verhandlungen verpflichteten sich in Paris fast 200 Staaten darauf, die Weltwirtschaft auf klimafreundliche Weise zu verändern.

Angesichts dieser Entwicklungen kann man nur zu einem Schluss kommen: Auf internationaler Ebene haben unionsgeführte Regierungen viel für den Klimaschutz erreicht. Aber auch die nationalen Erfolge auf diesem Gebiet können sich sehen lassen. So hat Deutschland im Vergleich zu 1990 seine Treibhausgasemissionen um rund 30 Prozent gesenkt – während die

Erwerbstätigkeit erheblich zunahm und das Bruttoinlandsprodukt sich von 1990 bis 2018 mehr als verdoppelte. Der Anteil der erneuerbaren Energien erreichte 2018 bei Wärme fast 15 Prozent. Ihr Anteil am gesamten deutschen Bruttostromverbrauch beträgt knapp 38 Prozent. Damit wird das für 2020 gesetzte Ziel von 35 Prozent bereits übertroffen.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass wir nach den aktuellen Prognosen unser sehr ambitioniertes Klimaziel für 2020, nämlich eine Minderung der Treibhausgase um 40 Prozent im Vergleich zu 1990, nicht einhalten werden. Wir arbeiten aber mit Hochdruck an einem Maßnahmenpaket, damit wir unser nationales Klimaziel 2030 zuverlässig erreichen. Es sieht eine Reduzierung der Treibhausgase um 55 Prozent vor.

Eine der Maßnahmen ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung, den wir in diesem Jahr mit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ auf den Weg gebracht haben. Unser Ziel ist es, dass Deutschland bis 2038 vollständig darauf verzichtet, Strom aus Braunkohle oder Steinkohle zu erzeugen. Somit sind wir das einzige Industrieland, das sowohl aus der Kohle als auch aus der Kernkraft aussteigt. Weitere Vorschläge, wie wir unser Reduktionsziel für 2030 erreichen können, soll das sogenannte Klimakabinett entwickeln. Die notwendigen Schritte wollen wir im Herbst – nach Abschluss der laufenden Beratungen – auf den Weg bringen.

Wenn man die Bemühungen zum Klimaschutz allerdings nur auf eine mögliche CO₂-Bepreisung reduziert, dann ist das zu kurz gedacht. Wir brauchen vielmehr eine ganze Reihe von Maßnahmen: Der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden, mehr Ladesäulen für noch mehr E-Autos, Wälder müssen wieder aufgeforstet und Gebäude sollten im Wärme- und Energieverbrauch effizienter werden.

Unser Ziel ist eine weitgehend klimaneutrale Wirtschaft bis 2050. Aber wir müssen auf mögliche Begleiterscheinungen der Umstellung achtgeben. So legen wir Wert darauf, dass der Wandel für die Menschen sozial gerecht und für die Wirtschaft verträglich gestaltet wird. Die Umstellung darf nicht zu Lasten der sozial Schwächeren gehen. Und auch die Versorgungssicherheit muss zu jeder Zeit gewährleistet sein. Das können nur die Unionsparteien garantieren, die als letzte verbleibende Volksparteien das große Ganze im Blick haben.

Deutschland muss seine Potenziale als moderne Industrienation nutzen. Das heißt: Wir müssen innovativ sein. Wir müssen in die Forschung investieren. Und wir müssen die

Forschungsergebnisse schneller in die Praxis bringen. Wir brauchen effizientere Technologien und neue synthetische Kraftstoffe. Wir müssen uns der Elektromobilität zuwenden. Wir müssen Speicher für erneuerbare Energien entwickeln. In der Industrie müssen wir auf CO₂-freie Produktionsmethoden umstellen. Für die Gebäudesanierung brauchen wir steuerliche Anreize. Nicht zuletzt benötigen wir das Engagement der Bürger, die wir bei allen Schritten mitnehmen wollen. Der Klimawandel ist zusammen mit der Digitalisierung die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Nur wenn wir hier liefern, handeln wir nachhaltig, handeln wir im Sinne der Generationengerechtigkeit.



Der Autor: **Ralph Brinkhaus** ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Klimaschutz

DNA DER UNIONSFRAKTION

Klima- und Umweltschutz ist schon lange ein Thema in der Union. So verabschiedete bereits der CDU-Parteitag im September 1989 einen Beschluss, der den Titel „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ trägt. Verfasst wurde er – noch vor der Wiedervereinigung – von einem gewissen Professor Klaus Töpfer, damals Bundesumweltminister unter Kanzler Helmut Kohl. In jenem Beschluss findet sich auch – man höre und staune! – ein Vorschlag zur Besteuerung von CO₂.

Man sieht hieran: Gute und sachgerechte Umwelt- und Klimapolitik ist seit langem Teil der DNA der Unionsparteien. Wir wollen die Schöpfung für unsere Kinder erhalten. Das erste Umweltministerium Europas entstand Ende 1970 in Bayern unter der Ägide der CSU. Das Bundesumweltministerium wurde 1986 von der Union geschaffen. Die ersten drei Umweltminister waren Walter Wallmann, Klaus Töpfer und Angela Merkel – allesamt Christdemokraten. Vor allem mit den Namen Angela Merkel und Klaus Töpfer verbindet sich das Bemühen um Klimaschutz in Deutschland und weltweit.

Bereits 1992 in Rio de Janeiro hoben Bundeskanzler Kohl und Umweltminister Töpfer die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit aus der Taufe. Dafür, dass Wind zum größten regenerativen Energieträger wurde, sorgte schon in den Achtzigern der damalige Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, denn er erkannte die Bedeu-

Organspende

– DEN GROSSEN SCHRITT GEHEN?

Seit Beginn der Geschichte von Transplantationen existiert ein Mangel an Spenderorganen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn plädiert deshalb für die sog. Widerspruchslösung, heißt: Künftig soll jeder als Organspender gelten, der nicht zu Lebzeiten widersprochen hat. Für Souverän diskutieren Jens Spahn und Karin Maag, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über unterschiedliche Wege zu einer bewussten und freiwilligen Entscheidung für eine Organspende.



Jens Spahn

Jens Spahn: „Mut zum großen Schritt“

Können wir uns erlauben, kleine Schritte zu gehen? Das ist die Frage, die sich bei der Organspende aktuell stellt. Deutschland ist Spenden-Schlusslicht in Europa, 10.000 Menschen warten auf ein lebensrettendes Organ. Jeden Tag sterben Menschen, die vergeblich gewartet haben. Dabei wurde viel versucht. Wir haben Kampagnen aufgelegt und die Abläufe verbessert. Seit Jahren schreiben die Krankenkassen alle Versicherten in der Frage regelmäßig an. Aber ich sehe ja im Bekanntenkreis, was mit den Briefen passiert – gelesen werden sie wohl eher selten.

Für viele war 2017 ein Schlüsselmoment. Die Spendenzahlen sind auf ihren 20-jährigen Tiefststand gesunken. Jetzt eine schnelle Verbesserung zu erreichen ist das gemeinsame Ziel aller Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag. Jedem Standpunkt und jedem Vorschlag gebührt dabei der gleiche Respekt. Wie wir die Organspende gesetzlich regeln, berührt sensibelste Punkte. Das hohe Niveau der Debatte, die wir nun führen, ist bereits ein Wert an sich.

Nach reiflicher Überlegung werbe ich für die doppelte Widerspruchslösung. Viele andere europäische Länder, allen voran Spanien, haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Auch weil sich die gesellschaftliche Haltung verändert hat, hin zu einem Geben und Nehmen: Jeder Bürger kann erwarten, eine Transplantation zu erhalten, und ist im Gegenzug bereit, eine Spende zu leisten.

Diese Solidarität macht eine Gemeinschaft aus. Eine Organspende ist größtmögliche Solidarität. Man ermöglicht jemand anderem weiterzuleben. Die große Mehrheit der Deutschen sieht das so und kann sich grundsätzlich vorstellen, auch

Organspender zu sein. Wie kommen wir nun dahin, dass die Spendenzahlen entsprechend steigen?

Ich bin überzeugt, dass wir dies rasch nur mit der Widerspruchslösung schaffen werden. Der Kern des Vorschlags ist: Alle volljährigen Bürger gelten als potenzielle Spender. Sie werden dreimal angeschrieben und auf die Rechtsänderung hingewiesen. Sie können jederzeit widersprechen. Falls das zu Lebzeiten nicht passiert, werden die Angehörigen gefragt. Einen Automatismus wird es also nicht geben. Die Organspende bleibt eine freie und persönliche Entscheidung. Die einzige Pflicht wäre, sich zu verhalten.

Als Alternative haben Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag die Entscheidungslösung vorgeschlagen. Sie wollen die Spendenzahlen über regelmäßige Befragungen der Bürger, mehr Information und Aufklärung erhöhen. Auch diese Gruppe führt bedenkenswerte Argumente ins Feld. Es geht keinem darum, recht zu haben oder eine Abstimmung zu gewinnen. Wir alle wollen eine Situation verändern, die nicht so bleiben kann, wie sie ist.



Die Befürworterinnen und Befürworter der Entscheidungslösung lehnen die Widerspruchslösung mit Verweis auf die Freiheit des Einzelnen ab. In der Pflicht, sich verhalten zu müssen, sehen sie einen zu großen Eingriff in die Freiheit der Bürger. Dafür habe ich große Sympathie. Doch an Freiheit zu denken heißt auch, beide Seiten der Medaille zu sehen. Ist die Freiheit der Bürger, die auf eine lebensrettende Spende warten, nicht am stärksten bedroht? Kann mündigen Bürgern angesichts dessen nicht zugemutet werden, sich zur Organspende zu verhalten? Wer diese Fragen mit Ja beantwortet, wird für eine grundlegende Änderung sein. Meine Hoffnung, dass die Spendenzahlen allein durch mehr Information, Aufklärung und Ansprache steigen, ist jedenfalls gering. In einigen Jahren würden wir dann wohl wieder über die Widerspruchslösung diskutieren. Deshalb hoffe ich, dass wir den Mut haben, gleich den großen Schritt zu gehen.

Info

Die Deutsche Stiftung für Organtransplantation (DSO) zählte von Januar bis September 2016 in Deutschland 637 Spender. Im gesamten Jahr 2017 waren es nach Angaben der Stiftung 797 Spender; damit war es die geringste Zahl seit 20 Jahren. Die Stiftung Eurotransplant nannte 769 Spenden für 2017. Sie zählt nur Spenden, die nach der Organentnahme für transplantationstauglich befunden werden und bei denen tatsächlich transplantiert wird.



Karin Maag

Karin Maag:

Laut aktuellen Zahlen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung steht mit 84 Prozent ein Großteil der Bevölkerung dem Thema Organ- und Gewebespende positiv gegenüber. Schriftlich festgehalten haben diese Entscheidung jedoch nur 39 Prozent. Das ist eine gute Entwicklung, aber es sterben weiterhin zu viele Menschen, die auf der Warteliste stehen.

Der Schlüssel sind vor allem die Kliniken, denen oft Zeit und Geld fehlen, Organspender zu identifizieren. Daher war es mir wichtig, dass wir uns zunächst auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Behebung der strukturellen Defizite konzentrieren. Mit dem Gesetz für bessere Zusammenarbeit und bessere Strukturen bei der Organspende, das im April dieses Jahres in Kraft getreten ist, ist uns ein erster wichtiger Schritt gelungen. Darüber hinaus wollen wir die positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Organspende stärken und sie zu mehr freiwilligen Spenden motivieren. Gemeinsam mit einer fraktionsübergreifenden Gruppe Abgeordneter (zu der, neben den Unionspolitikern Stephan Pilsinger und Prof. Heribert Hirte, u.a. Annalena Baerbock von den Grünen, Otto Fricke von der FDP, Ulla Schmidt von der SPD sowie Linken-Chefin Katja Kipping zählen), haben wir den Gesetzentwurf zur „Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende“ verfasst, der folgende Ziele vereint:

Wir wollen die Organspendezahlen erhöhen. Dabei soll die Organspende eine bewusste und freiwillige Entscheidung bleiben – die weder vom Staat erzwungen werden darf, noch von der Gesellschaft erwartet werden kann. Eine Regelung, die davon ausgeht, dass einem Menschen Organe entnommen werden dürfen, wenn er nicht ausdrücklich widersprochen hat, ist für uns nicht mit dem Selbstbestim-

mungsrecht des Menschen sowie dem Recht auf körperliche Unversehrtheit vereinbar. Das Vertrauen in das Transplantationswesen ist das A und O, um mehr Menschen davon zu überzeugen, sich als Organspender zu erklären. Ich meine, dass in einem vertrauensvollen Klima eine Entscheidung reifen kann, die über den eigenen Tod hinaus Dritten eine Perspektive bietet.

Was beinhaltet unser Gesetzentwurf?

Den Bürgerinnen und Bürgern soll es ermöglicht werden, ihre Entscheidung möglichst einfach zu dokumentieren. Neben dem Organspendeausweis und der Patientenverfügung kann die individuelle Entscheidung nun – stets widerrufbar – in ein Online-Register selbstständig eingetragen werden. Zudem stärken wir die verbindliche Information, sorgen für eine bessere Aufklärung und fördern die regelmäßige Auseinandersetzung mit der Organspende. Bürgerinnen und Bürger sollen zukünftig bei einem Besuch einer Ausweisstelle nicht nur Informationsmaterialien erhalten, sondern auch aktiv auf die Organspende und entsprechende Beratungsmöglichkeiten hingewiesen werden. Jeder und jede können sich vor Ort in den Ausweisstellen oder online in das Online-Register eintragen. Diese Entscheidung kann selbstverständlich jederzeit eigenständig geändert werden. Die Beratung über die Organspende findet jedoch nicht in den Ausweisstellen statt. Wir schaffen eine Möglichkeit, dass Hausärztinnen und Hausärzte ihre Patientinnen und Patienten über die Organspende beraten – ergebnisoffen und bei Bedarf aktiv alle zwei Jahre.

Mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende und deren Dokumentation werden wir die bestehende Differenz zwischen der positiven Einstellung zur Organspende und dem dokumentierten Willen verringern. Die Entscheidungsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen bleiben unberührt, aber durch das Zusammenspiel dieser Schritte können und werden wir mehr Menschenleben durch mehr Organspenden retten!

| DIE WEICHEN WIEDER *richtig* GESTELLT ...

Als „nur bedingt einsatzfähig“ bewerten Kritiker und viele Medien die Bundeswehr. Dr. Peter Tauber, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, im Souverän-Interview.



Das Interview mit Dr. Peter Tauber (l.) führten Claus Bernhold, stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union (r.), und Jan Peter Luther, SU-Bundesgeschäftsführer

Souverän: Die NATO hat zuletzt beim Gipfel 2014 in Wales bekräftigt, sich bei dem Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb von zehn Jahren auf einen Richtwert von zwei Prozent zu bewegen. Die aktuellen Planungen sehen für den deutschen Verteidigungsetat bis 2024 bislang einen Anstieg auf 1,5 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung vor. Sind vor diesem Hintergrund Vorwürfe aus Partnerstaaten berechtigt?

Tauber: Um es ganz klar zu sagen: Deutschland steht zu seinen internationalen Verpflichtungen. Das hat die Bundesregierung – und zwar die gesamte – erst Anfang des Jahres gegenüber der NATO erneut bestätigt. Und ich finde: Was wir bislang schon erreicht haben, kann sich absolut sehen lassen. Seit dem Amtsantritt von Ministerin Ursula von der Leyen wächst der Verteidigungsetat kontinuierlich – von 32,4 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf nach jetzigem Planungsstand über 45 Milliarden Euro im Jahr 2020. Das ist ein Aufwuchs von 40 Prozent! Wir sind also auf einem richtigen Weg. Man sollte aber nicht nur aufs Geld schauen, wenn man die internationale Verantwortung Deutschlands bewertet. So sind wir beispielsweise nach wie vor der zweitgrößte Truppensteller in Afghanistan; wir leisten wichtige Beiträge zur Bekämpfung des IS im Nahen Osten und zur Stabilisierung Nordafrikas. Und wir führen in diesem Jahr sehr erfolgreich die schnelle Speerspitze der NATO, die VJTF, an. Wir stellen bei Enhanced Forward Presence in Litauen ein Kampfataillon. Das zeigt: Unsere Partner können

sich auf uns verlassen. Wahr ist aber auch mit Blick auf die Finanzen, dass die Bäume nicht mehr in den Himmel wachsen! Die Steuereinnahmen sprudeln nicht mehr so üppig, wie wir es lange Zeit gewohnt waren. Man muss also entscheiden, welche finanzpolitischen Prioritäten gelten. Für mich heißt das: In den nächsten Monaten und Jahren können wir als CDU zeigen, ob wir es ernst damit meinen, die Partei der Bundeswehr zu sein. Aufgrund der eingetrübten Konjunkturerwartungen und des klaren Bekenntnisses zu einem ausgeglichenen Haushalt wird es spannend zu sehen sein, ob die bessere Ausstattung der Streitkräfte für uns als Partei auch dann noch oberste Priorität hat. Ich als CDU-Mitglied bin sehr offen für die Frage, ob wir wirklich den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen können und sollten – oder ob weitere Investitionen in die Sicherheit in einem zunehmend fragilen weltpolitischen Umfeld nicht doch auch auf eine positive Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern stoßen könnten. Eine Diskussion darüber muss die CDU führen.

Medien berichten immer wieder über gravierende Mängel in der Ausrüstung und beim Klarstand von Großgerät der Bundeswehr. Der Wehrbeauftragte spricht in seinem aktuellen Bericht von „kaum einsatzbereiten Leopard 2, teuren Nachrüstungsprogrammen für den Schützenpanzer Puma, keine Tanker bei der Marine, ein großer Teil der U-Boote defekt, weniger als die Hälfte der Eurofighter und Tornados flugfähig“. Inwieweit entsprechen solche Meldungen

den Tatsachen und welche Aussichten bestehen, diese beschriebenen Mängel zeitnah zu beheben?

Keine Frage: Über 20 Jahre des Sparens und Schrumpfens sind an der Bundeswehr nicht spurlos vorübergegangen. Dafür tragen übrigens alle Parteien, die in dieser Zeit an Bundesregierungen beteiligt waren, Verantwortung. Es gehört zur Redlichkeit in der Debatte, dass wir Christdemokraten das auch selbstkritisch benennen. Aber: Es ist auch die CDU, die die Weichen wieder richtig gestellt hat. Ich habe ja schon auf die massive Steigerung des Verteidigungsetats hingewiesen. Die eingeleiteten Trendwenden bei Material und Personal zeigen immer mehr Erfolge: Pro Woche bekommt die Truppe einen neuen Panzer, pro Monat ein neues Flugzeug oder einen neuen Hubschrauber, pro Jahr ein neues Schiff. Im vorigen Jahr hieß es, keines der U-Boote sei einsatzfähig. Das haben wir geändert: Von den sechs deutschen U-Booten sind derzeit – wie es der Plan auch vorsieht – wieder vier im Einsatz und zwei in der Werftliegezeit. Leider berichtet die Presse nicht, wenn sich die Anstrengungen auszahlen, wie in diesem Fall. Wir investieren zudem massiv in eine Modernisierung der Kasernen, in die Digitalisierung und in die persönliche Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten. Und bis zum Jahr 2025 wird die Sollstärke der Bundeswehr wieder auf über 200.000 angehoben. Die Zahlen zeigen: Es ist noch nicht alles gut, aber wir kommen voran. Diesen Weg werden wir weitergehen. Weil unsere Soldatinnen und Soldaten das verdient haben und es die sicherheitspolitische Lage erfordert.

viele Dienstpflichtige wir einplanen, richtet sich dann aber am Bedarf der Streitkräfte aus. Die Diskussion über die Dienstpflicht gründet auf einer wichtigen Frage: Was sind Bürgerinnen und Bürger über das Steuerzahlen hinaus bereit, für ihr Land zu tun? Es geht dabei also zuvorderst um den Zusammenhalt in der Gesellschaft, um das Vermitteln von Werten und um die Wertschätzung von Solidarität und Hilfsbereitschaft. Die Bereitschaft, Deutschland eine gewisse Zeit lang zu dienen und etwas für unsere Gemeinschaft zu tun, ist da. Ich bin überzeugt: Die Erfahrung, dass es in unserer Gesellschaft hilfsbedürftige und schwache Menschen gibt, ist etwas, das sicher nicht schadet. Gerade angesichts der Entwicklungen in unserem Land mit sinkender Bereitschaft zum Ehrenamt, weniger Solidarität und abnehmender Empathie gegenüber den Schwachen in der Gesellschaft und der Welt.

In der Bundeswehr dienen aufgrund freiwilliger Bewerbung auch Minderjährige. Halten Sie Kritik an dieser Praxis für berechtigt?

Diese Tatsache wird gerne von der politischen Linken ins Feld geführt, wenn über Kindersoldaten diskutiert wird. Um es ganz klar zu sagen: Der Dienst von 17-Jährigen in unserer Armee hat nichts, aber auch gar nichts, mit Kindersoldaten zu tun, die in ihren Ländern aufs Übelste ausgenutzt und um ihre Kindheit und Jugend gebracht werden! Worum geht es genau: Der freiwillige Dienst in der Bundeswehr als Soldatin oder Soldat ist mit Erreichen des 17. Lebensjahres möglich. Deutschland vollzieht seine Einstellungspraxis damit absolut im Einklang mit den eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen. Wir verfolgen damit das Ziel, qualifizierten Jugendlichen mit Interesse für den Dienst in den Streitkräften die Möglichkeit zu eröffnen, vor Erreichen der Volljährigkeit eine Ausbildung bei der Bundeswehr ohne Wartezeit und weitere Nachteile gegenüber gleichaltrigen Berufseinsteigern beginnen zu können. Durch eine umfassende Aufklärung und Beratung bezüglich der Chancen und Risiken des Soldatenberufes und ein intensives, wissenschaftsbasiertes und eignungsdiagnostisches Auswahlverfahren stellt die Bundeswehr sicher, dass nur 17-Jährige eingestellt werden, die sich eingehend mit den Anforderungen des Soldatenberufes auseinandergesetzt haben und die erforderliche Eignung aufweisen. Und ganz konkret im Alltag gilt: Es ist sichergestellt, dass 17-Jährige nicht für Auslandseinsätze und nicht für Wachdienste eingeplant werden. Wir schließen alle Situati-

onen aus, in denen die grundsätzliche Gefahr besteht, dass sie über den Einsatz der Waffe eigenverantwortlich entscheiden müssten. Die Zahlen sind aktuell übrigens rückläufig.

Neulich hieß es in der FAZ: „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ – eine alte Parole geistert immer wieder durch die Öffentlichkeit. Wie stehen Sie zur Arbeit der Jugendoffiziere an den Schulen?

Dass manche in der SPD ein Problem mit der Bundeswehr haben und sie deshalb aus unseren Schulen verbannen möchten, halte ich für eine Unverschämtheit! Soldatinnen und Soldaten haben keinen Beruf wie jeder andere. Denn ihr Dienst für unser Vaterland geht – im äußersten Fall unter Einsatz des eigenen Lebens – weit über das gewöhnlich Erwartbare hinaus. Das verdient nicht nur Anerkennung und Wertschätzung, sondern auch ein gesellschaftliches Bewusstsein über Sinn und Zweck von Streitkräften – insbesondere in Friedenszeiten. Deswegen haben die Jugendoffiziere der Bundeswehr eine ganz wichtige Aufgabe: Sie erläutern Schülerinnen und Schülern nicht nur die wesentlichen Grundlagen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sowie Möglichkeiten internationaler Krisen- und Konfliktbehandlung, sondern stehen auch für kontroverse Debatten zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen zur Verfügung. Damit tragen sie dazu bei, die jüngere Generation zu einer reflektierten Meinungsbildung zu befähigen. Und deswegen stehen wir als Union auch in dieser Frage ganz klar an der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten. Jugendoffiziere machen im Übrigen keine Nachwuchswerbung an Schulen. Der Vorwurf ist schlicht falsch.

Der Ruf nach gemeinsamer europäischer Außen- und Sicherheitspolitik wird immer lauter. Wie sehen Sie die künftige Rolle der Bundeswehr insbesondere im Blick auf eine mögliche gemeinsame „Europaarmee“?

Wenn ich an Europa denke, dann denke ich an einen älteren Herrn bei einer CDU-Veranstaltung in Magdeburg. Dieser stand im Publikum auf, als ich vor einigen Jahren dort in meiner Funktion als Generalsekretär über den europäischen Binnenmarkt und Freihandel diskutierte. Mit fester Stimme zitierte er ein paar Zeilen aus einem Lied: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sterben wie ein tapfrer Held.“ Wir heute können mit diesen Zeilen nichts mehr anfangen. In den 1920er und 30er Jahren

kannte jedes Kind dieses Lied; auch der alte Mann hatte es als kleiner Bub lernen müssen. Und in Frankreich und Großbritannien sangen die Kinder vergleichbare Lieder über uns Deutsche. Sein kraftvoller Appell an mich und die anderen Gäste: „Sorgen Sie dafür, dass Kinder in Europa nie wieder solche Lieder lernen müssen.“ Diese Geschichte zeigt: Es grenzt nahezu an ein Wunder, dass aus den sogenannten „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich Partner und Freunde werden konnten, die heute gemeinsam die europäische Einigung vorantreiben.

Die Europäische Union ist – bei allen Defiziten, über die sich trefflich streiten lässt – eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Europa ist ein Ort der Freiheit, des Friedens, des Wohlstands – und damit für viele Menschen auf der Erde ein Sehnsuchtsort. Wahr ist aber auch: Europa steht enormen Herausforderungen gegenüber, von außen und von innen. Nur gemeinsam können wir die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten, unsere Interessen auf Dauer wahren und mehr internationale Verantwortung übernehmen. Unser Ziel als Deutschland ist eine noch handlungsfähigere EU, die mit einer Stimme spricht. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist das leider oft genug noch nicht der Fall. So gibt es in der EU beispielsweise 17 verschiedene Panzertypen, wohingegen die USA nur einen haben. Eine solche Fragmentierung können wir uns nicht länger leisten. Wir haben deshalb damit begonnen, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU auf eine neue Ebene zu heben. Wir wollen als Europäer schneller entscheiden und reagieren, effektiver handeln und unsere zivilen und militärischen Instrumente besser verzahnen. Hierzu haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht – von der Verteidigungsplanung bis zum Einsatz. Mit der sogenannten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit – auf Englisch: PESCO – stärken wir die EU und damit den europäischen Pfeiler innerhalb des transatlantischen Bündnisses. Denn für uns als CDU gilt: Wir müssen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Ich rede übrigens immer von der „Armee der Europäer“. Und die gibt es längst, wenn ich an meinen Besuch bei der europäischen Ausbildungsmission in Mali denke. Dort dienen mehr als 600 europäische Soldatinnen und Soldaten gemeinsam. Das ist sehr beeindruckend. 

Parlamentsreform

/ FÜR DIE MÜLLTONNE?

Nach dem Volkskongress der VR China leistet sich Deutschland das zweitgrößte Parlament der Welt. Nach unserem Wahlrecht sind eigentlich nur 598 Sitze vorgesehen. Seit der letzten Bundestagswahl füllen 709 Abgeordnete den Plenarsaal.

Man geht davon aus, dass es mit der nächsten Wahl zu einem Anwachsen auf 804 Mandate kommen könnte. Die Kosten für den weiteren Anstieg belaufen sich auf gut 70 Millionen Euro. Ein Abgeordneter kostet fast 740.000 Euro, rechnet man alle Aufwendungen für dieses Amt zusammen. Der erste Bundestag 1949 kam noch mit 410 Parlamentariern aus. Mit der Deutschen Einheit entschieden die Fraktionen sich für 598 Plätze.

Mit der Wahlrechtsreform von 2012 begann die Karriere des Bläh-Bundestages. Das Unwesen der Ausgleichs- und Überhangsmandate begann. Die Begründung für uns Bürger: Man wolle eine größtmögliche Gerechtigkeit schaffen. Das eigentliche Motiv war jedoch der Machterhalt aller Fraktionen ohne Rücksicht auf die nachlassende Funktionsfähigkeit des Hauses. So hatten sich die Verfasser unseres Grundgesetzes ihr Parlament aber nicht vorgestellt. Es sollte Klasse und nicht Masse haben. Jetzt bevölkern bereits 111 mehr Parlamentarier den Bundestag als festgelegt waren. In gut 24 Monaten werden es vermutlich über 200 sein. Gleichzeitig geht die Bedeutung des Bundestages als Gesetzgeber zurück. In mehreren Bereichen überlagern europäische Beschlüsse aus Brüssel mit bis zu 85 Prozent die nationalen Aufgaben. Deshalb erfolgte der Vorstoß von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zu Recht, auf 68 Sitze zu verzichten. Dieser ist offensichtlich bei den Fraktionen durchgefallen. Besonders schmerzt, dass auch die CDU/CSU die Schäuble-Reform torpediert. Es tröstet auch nicht, dass die anderen Fraktionen im Windschatten der Union nicht wirklich bereit sind zu einer Wahlrechtsreform. 

Wenn es eine Frage gibt, die die Bürger in unserer Republik umtreibt, dann sind es die Funktion, der Fleiß und die Arbeit des Bundestages zu angemessener Bezahlung und Bedingungen. Zorn treibt die Steuerzahler um, wenn die privilegierten Abgeordneten in ihren Augen nur zweitbeste Lösungen zu überhöhten Preisen abliefern. Alle Fraktionen im Bundestag sollten sich warm anziehen, wenn eine radikale Bewegung das Thema „Bläh-Bundestag“ in den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellt. Deshalb sollte es jetzt, wo es noch eine große Koalition gibt, die Devise sein, eine echte Wahlrechtsreform anzupacken. Die Wahlrechtsreform gehört nicht in die Mülltonne. 



Der Autor: **Wolfgang Börnsen**, MdB 1987-2013, Ex-Landesvorsitzender der Senioren-Union Schleswig-Holstein, langjähriges Bundesvorstandsmitglied der SU und Autor des Buches „Parlamentarismus im Dornröschenschlaf“.

30 Jahre Friedliche Revolution und 30 Jahre Deutsche Einheit

/ DIE ERINNERUNG wach halten



30 Jahre Friedliche Revolution und im nächsten Jahr das Jubiläum der Deutschen Einheit sind gute Gründe zum Rückblick, zur Betrachtung der Gegenwart und zur Aufgabenstellung in der Zukunft. Die Erinnerung an die Jahre 1989/1990 ist darüber hinaus ein Grund zum Feiern. Die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit gehören zu den glücklichsten Momenten der deutschen Geschichte. Ein Beitrag von Elisabeth Motschmann MdB.

Gerade weil die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte noch sehr präsent sind, fällt es uns schwer, positive Ereignisse unserer Vergangenheit zu würdigen bzw. zu feiern. Genau das dürfen und müssen wir jedoch in diesem Jahr tun. Das sind wir den Frauen und Männern der ehemaligen DDR schuldig, die mit großem Mut gegen das SED-Unrechtsregime mit friedlichen Mitteln gekämpft haben. Ihnen gilt unser großer Dank! Das sind wir aber auch denjenigen schuldig, die unter dem Regime unendlich gelitten haben. Die Toten an der Mauer, die Inhaftierten in den menschenunwürdigen Gefängnissen der Stasi, die Zwangsadoptierten, die Heimkinder, die Opfer der Stasi-Spitzel und die vielen, die unter der permanenten Alltagsrepression der SED-Diktatur zu leiden hatten, dürfen wir niemals vergessen. Und auch das sei all jenen gesagt, die den Versuch unternehmen, die DDR-Zeit im Rückblick zu verklären: Selbstverständliche Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, freie Wahlen und freie Medien wurden den DDR-Bürgern bis zum Fall der Mauer vorenthalten.

1. Wem verdanken wir die Friedliche Revolution?

Bei dem notwendigen Rückblick ist es wichtig, diejenigen zu nennen, die die Friedliche Revolution vorbereitet und schließlich im Herbst 1989 durchgeführt haben. 30 Jahre danach sind bereits viele von ihnen verstorben. Zum Glück ist die Erlebnissgeneration jedoch noch sehr präsent. Dazu zählen Studenten, Künstler,

Pfarrer, Journalisten, Ärzte und Wissenschaftler ebenso wie Arbeiter und die vielen Namenlosen, aber dennoch so wichtigen Demonstranten. Die Montagsdemonstrationen begannen am 4. September 1989 in Leipzig. In den Tagen und Wochen danach folgten auch in anderen Städten Massendemonstrationen – z.B. in Dresden, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Arnstadt, Halle, Magdeburg, Potsdam, Schwerin, Rostock. Am 4. November 1989 kam es in Berlin zur größten Massendemonstration der DDR-Geschichte mit einer Million Menschen auf dem Alexanderplatz.

Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ oder „Deutschland – einig Vaterland“ protestierten Hunderttausende DDR-Bürger gegen die politischen Verhältnisse. Die Teilnahme an diesen großen Demonstrationen war stets mit der Befürchtung verbunden, inhaftiert zu werden. Stellvertretend für die Initiatoren der Friedlichen Revolution seien folgende Theologen genannt: die Pfarrer Christian Führer und Christoph Wonneberger (Nikolaikirche, Leipzig, Friedensgebete seit 1982), Rainer Eppelmann

(oppositioneller Jugendpfarrer/ in den 1980er Jahren Staatsfeind Nr.1), Superintendent Thomas Küttler, Plauen (initiierte die erste Massendemonstration am 7. Oktober 1989, Plauener „Gruppe der 20“). Die Vertreter der Kirche stellten in den verschiedenen Städten die notwendigen Versammlungsräume – Gemeindesäle und Kirchen – zur Verfügung.

Unter den oppositionellen Bürgerrechtlern waren auch viele Frauen. Hier seien stellvertretend genannt: Bärbel Bohley (Mitbegründerin des Neuen Forums in der DDR, U-Haft Hohenschönhausen), Freya Klier (Regisseurin, seit Anfang der 1980er Jahre Mitglied im Friedenskreis Pankow und der DDR-Friedensbewegung) und Maria Nooke (Mitherausgeberin des Oppositionsblattes AUFBRUCH, ab 1985 engagiert in einer kirchlichen Friedens- und Umweltgruppe).

2. Wer hat vor der Wiedervereinigung gewarnt?

Zur historischen Wahrheit gehört allerdings auch die Tatsache, dass die Stimmung in Westdeutschland teilweise kritisch im Blick auf eine Wiedervereinigung war. Ich erinnere mich an eine Demonstration in Bremen im Dezember 1989. Auf den mitgeführten Plakaten und Transparenten stand zu lesen: „Für die Souveränität der DDR“; „Kein 4. Reich“; „Nie wieder Deutsches Reich“; „Gegen nationale Besoffenheit“. Natürlich gab es auch im Westen viele Befürworter der Deutschen Einheit, aber viele waren unsicher, ob das überhaupt noch wünschenswert sei und gelingen könne. Insbesondere Vertreter der EKD in



30 Jahre danach – Zahlen, Daten, Fakten

Im internationalen Vergleich hat sich Deutschland in den 30 Jahren seit dem Mauerfall gut entwickelt. Aber die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen des Landes sind noch immer teils erheblich. Ob Wirtschaftsleistung, Löhne, Zuwanderung oder Bildung: In vielerlei Hinsicht zeichnen die regionalen Muster nach wie vor die einstige Teilung zwischen DDR und alter Bundesrepublik nach. Das lässt sich ablesen an 35 Karten und Graphiken einer Publikation, die das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) heute in Berlin vorgestellt hat. Mit „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“ leistete das IWH eine differenzierte Analyse zum Jubiläum des Mauerfalls. Die Broschüre steht als Download im Internet zur Verfügung unter: https://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/sonstint/2019_iwh_vereintes-land_de.pdf



Westdeutschland und auch einige Politiker der SPD standen der Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die deutsche Vereinigung verstanden Politiker wie Oskar Lafontaine (damals noch SPD), Gerhard Schröder oder Joschka Fischer als restaurativen Akt, als Wiederherstellung von Großdeutschland. Die DDR war für sie längst ein normaler Staat geworden. Die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter, wo die Fälle politisch motivierten Unrechts und der Menschenrechtsverletzungen in der DDR gesammelt wurden, wollten sie schon in den 1980er Jahren schließen. Walter Momper, Oberbürgermeister von Berlin, erklärte, dass es nicht um „Wiedervereinigung“, sondern um „Wiedersehen“ gehe. Er stand auch dem „Wiedervereinigungsgerede vom Westen her“ kritisch gegenüber. In einem Blitztelegramm kurz nach der Öffnung der ungarischen Grenze

im September 1989 wurde der SED-Führung mitgeteilt, dass der SPD-Parteivorstand an der „Aufrechterhaltung der Beziehungen zur SED“ festhalte und diese gegen „Angriffe und Diffamierungen der CDU zu verteidigen“ gedenke. Die SPD werde weiter „gegen die Destabilisierung“ der DDR in „Abgrenzung von nationalistischem Wiedervereinigungspathos der CDU an der Existenz zweier deutscher Staaten festhalten“. Diese Zweistaatlichkeit, so heißt es in dem Blitztelegramm der SPD, sei „eingebunden in die von den Völkern gewünschte Nachkriegsordnung“. (FAZ, 23. 10. 1994, S. 2; der Artikel basiert auf Aktenfunden des Zentral-Parteiarchives der früheren SED.) Manfred Stolpe (SPD) lehnte noch am 7. November 1989 auf einer Pressekonferenz in Genf die Wiedervereinigungsdiskussion ab. Der Begriff Wiedervereinigung, so ließ er über den Evangelischen Pressedienst verlauten, sei nicht nur historisch unkorrekt, sondern auch „friedensgefährdend“.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Martin Kruse, mahnte wiederholt im Berliner Sender RIAS zur Zurückhaltung beim Reden über die Wiedervereinigung. Jürgen Schmude (SPD) sprach sich im November 1989 ausdrücklich gegen ein Engagement für eine „schnelle staatliche Einheit“ aus.

Angesichts dieser SPD-Positionen aus dem Jahr 1989 verwundert ein Papier mit dem Titel: „Nach 30 Jahren: Wir brauchen einen gesamtdeutschen Dialog! Sozialdemokratische Positionen zur Aufarbeitung“, vom 18. Januar 2019. Darin heißt es: „Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR war eine Initialzündung für die Friedliche Revolution, in der sie an vorderster Stelle zu den treibenden Kräften zählte.“ Die SPD Ost wurde jedoch am 7. Oktober 1989 in Schwante gegründet. Zu diesem Zeitpunkt waren die Demonstrationen längst in vollem Gange.

Die „Initialzündung“ für die Friedliche Revolution steht anderen Organisationen und Persönlichkeiten zu, nicht der SPD. Das sollte sich die Partei eingestehen, zumal ein Kapitel in ihrem Aufarbeitungspapier vom 18. Januar überschrieben ist: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns der Geschichte.“ Es wäre wünschenswert, wenn dies tatsächlich und ehrlich geschehen würde.

Eine parteipolitische Instrumentalisierung der Deutschen Einheit kann die SPD weder damals noch heute für sich in Anspruch nehmen. Oskar Lafontaine hat 20 Jahre nach der Wiedervereinigung seine Fehler bei der Einschätzung der Ereignisse 1989/1990 eingestanden. Darin ist der ehemalige Vorsitzende der SPD und heutige Prominente der Linken durchaus ein Vorbild.

3. Wer hat die Deutsche Einheit umgesetzt?

Über Helmut Kohl, den Kanzler der Einheit, verliert die SPD nur wenige Worte in ihrem Papier: „Die Deutsche Einheit vor allem als das Verdienst eines Kanzlers darzustellen verstellt den Blick auf die Realitäten.“ Dieser Satz zeigt vor allem, wie verstellt der Blick der Sozialdemokratie auf die Realitäten der Jahre 1989/1990 noch immer ist. Helmut Kohl hat mit Mut die Deutsche Einheit umgesetzt. Diese Möglichkeit ergab sich aus dem Mut der DDR-Bürger, die ihren Willen zur Freiheit so tapfer zum Ausdruck gebracht hatten. Auf dieser Grundlage konnte der Bundeskanzler die Deutsche Einheit vollenden. Er war es nicht allein, aber maßgeblich. Unterstützung kam auch aus den anderen Fraktionen des Bundestages. Das war eine wichtige Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Auf Seiten der DDR war es vorrangig der Demokratische Aufbruch und

die erste freigewählte Volkskammer, die den Weg zur Wiedervereinigung ebneten. Bereits am 28. November 1989 formulierte Helmut Kohl in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag ein Zehn-Punkte-Programm zur Neuregelung der deutsch-deutschen Beziehungen und zur Lösung der deutschen Frage. Er überraschte damit das Ausland, die Alliierten, die DDR-Führung, aber auch die Bundestagsopposition sowie den damaligen Koalitionspartner, die FDP. Helmut Kohl ergriff – und das ist sein großes Verdienst – sehr früh und sehr schnell die einmalige Chance zur Wiedervereinigung.

Dafür gebührt allen, die direkt oder indirekt mitgewirkt haben – aber besonders Helmut Kohl – der Dank der Deutschen.

4. Was können wir tun, um die Erinnerung wachzuhalten?

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nichts kann zu den Akten gelegt werden. Viel ist erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun in Ost und West. Leistungen und Leid der Ostdeutschen dürfen nicht vergessen, sondern müssen anerkannt werden. Die Erinnerung an das kommunistische Unrechtssystem darf nicht verblassen. Deutschland ist im Osten von der nationalsozialistischen Diktatur in die sozialistische Diktatur übergegangen. Beide unterscheiden sich grundlegend und sind nicht vergleichbar. Dennoch gibt es manche Parallelen. Dazu gehören beispielweise die massiven Einschränkungen der Freiheitsrechte sowie die perfiden Bespitzelungen und Verhöre beider Regime. Zunächst hat die Erlebnisgeneration einen

Anspruch darauf, dass sie nach wie vor Zugang zu den erhaltenen Stasi-Akten hat. Das Motto „Jedem seine Akte“ gilt fort. Nur so kann sie im Nachhinein das Unrecht, das ihr widerfahren ist, aufarbeiten, verstehen und weitervermitteln.

Zentrale Anlaufstelle für viele Betroffene bzw. Geschädigte ist und bleibt das Stasiunterlagenarchiv. Die Akten müssen dauerhaft gesichert und der Zugang niederschwellig erhalten, ggf. verbessert werden. Die Stasiunterlagenbehörde zukunftsfest zu machen, ist unabdingbar. Dieser Auftrag bleibt auf der politischen Tagesordnung. Um die Archivstandorte sowie die Außenstellen zu erhalten, werden auch in Zukunft Investitionen erforderlich sein. Dazu zählen auch die Fortsetzung und Finanzierung des Projektes zur Rekonstruktion der zerrissenen Stasiakten durch eine „Schnipselmaschine“.

Wichtig sind auch die geplante Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeit auf Stasitätigkeit im öffentlichen Dienst sowie die Fortsetzung der Aufarbeitung zum Thema Zwangsadoption und die zeitnahe Prüfung einer Entschädigung für Heimkinder politisch inhaftierter Eltern. Die „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“. Ihre Forderung nach einem „Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur“ ist nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt. Für die notwendige Aufarbeitung und Erforschung des entstandenen Unrechts wird der Bund zudem weiterhin für die dauerhafte personelle und finanzielle Förderung der „Stiftung Aufarbeitung“ sorgen müssen.

Zur Erinnerungskultur gehören auch der Erhalt und Ausbau authentischer Orte wie z.B. des Stasigefängnisses Hohenschönhausen oder der Gedenkstätte Bautzen. Der Standort Normanstraße in Berlin-Lichtenberg sollte als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand,

einschließlich Bildungsarbeit, weiterentwickelt werden.

Das ehemalige DDR-Polizeigefängnis in der Berliner Keibelstraße sollte zum nationalen Erinnerungsort für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dieses Gefängnis liegt in unmittelbarer Nachbarschaft des Alexanderplatzes und ist seit dem Mauerfall fast „unberührt“, um nicht zu sagen heruntergekommen. Das kann nicht so bleiben, denn die Keibelstraße war ein Angstort für die DDR-Bürger. Er diente als Erstaufnahme für Häftlinge, die sich nach den Gesetzen der DDR strafbar gemacht hatten und doch oft nur politisch unliebsam waren. Diese sehr unterschiedlichen Maßnahmen zur Erinnerung an die SED-Diktatur haben nicht nur etwas zu tun mit unserer Geschichte, sondern sie sind ebenso wichtig für die Gegenwart und Zukunft. Vor allem haben sie eine Bedeutung für die Betroffenen und für die Jugend. Deshalb gibt es auch ein Bundesprogramm „Jugend erinnert“. Es gilt für beide Diktaturen und soll jugendlichen Freud und Leid unserer Geschichte nahebringen.

Auch dem Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, Roland Jahn, ist dieser Aspekt besonders wichtig: „Der Blick in unsere Geschichte kann dabei helfen, die Sinne zu schärfen für den Wert von Freiheit und Demokratie in Gegenwart und Zukunft. In der Gestaltung des Umgangs mit der Vergangenheit gilt es gleichsam, den Opfern der SED-Diktatur gerecht zu werden und eine Brücke zu kommenden Generationen zu schlagen, die keine eigenen Erfahrungen mit der SED-Diktatur und der deutschen Teilung haben.“

Zunächst ist zu hoffen, dass der Spatenstich für das Freiheits- und Einheitsdenkmal stattfindet. Dieser Ort soll an den glücklichsten Moment der jüngeren deutschen Geschichte erinnern: den Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung.



Die Autorin: Elisabeth Motschmann MdB, Mitglied der Senioren-Union, war Spitzenkandidatin der CDU Bremen bei der Bundestagswahl 2017.

Westdeutsche warten darauf, dass die Grenztruppen der DDR die Mauer öffnen.



Notizen von der deutsch-deutschen Grenze

EINE ORIGINALREPORTAGE AUS DEM DEZEMBER 1989

Die Geschehnisse der letzten Wochen in Deutschland sind an Dramatik wohl kaum zu überbieten. Nach der grenzenlosen Freude der ersten Tage nach der Maueröffnung hat nun allerdings eine Gratwanderung begonnen, denn die „Friedliche Revolution“ von unten kann nur behutsam und durch harte Kärnerarbeit in konkrete innenpolitische und wirtschaftliche Veränderungen umgesetzt werden. Ein unverkennbarer Fortschritt zeigt sich derweil bereits im deutsch-deutschen Grenzalltag. Dort wird das Schlagwort von der Normalisierung im wahrsten Sinne des Wortes mit Leben erfüllt. Notizen aus der „Provinz“ von Andreas Oberholz.

Der Mann mit dem Stapel Flugblätter unter dem Arm ist nicht zu beneiden. Bei dichtem Nebel und Temperaturen nur knapp über dem Gefrierpunkt bringt er den ankommenden Trabi- und Wartburg-Fahrern die neuesten Sonderangebote des Einzelhandels in Witzenhausen nahe. Drei Paar Socken fünf Mark, Hemden zwanzig Mark, Unterbekleidung, Bettwäsche, alles runde Preise. Obwohl nicht nur ein trüber, sondern auch ein ganz normaler Wochentag, lohnt sich sein Ausharren am neugeschaffenen Grenzübergang Hohengandern im äußersten Norden von Hessen. Denn der Zustrom der „funny little cars“ aus dem anderen Teil Deutschlands ist auch am Montag stetig. Auf den Straßen entlang der deutsch-deutschen Grenze herrscht dementsprechend regerer Verkehr als früher. Gut die Hälfte aller Fahrzeuge trägt das DDR-Kennzeichen. Ihr Weg führt sie geradewegs in die grenznahen Orte, die über ein halbwegs attraktives Geschäftsleben verfügen. Vor allem vor den Supermärkten bereichern sie die bundesdeutsche Modellpalette mit automobilen Barock. Eine Mitarbeiterin des Sozialamts im grenznahen Eschwege, das bislang sechs Millionen Mark an Begrüßungsgeld auszahlte, spricht Klartext: „Es profitieren derzeit vor allem die großen Lebensmitteldiscounter. Für das Angebot des Facheinzelhandels reicht das Geld der meisten Besucher nicht.“ Eben deshalb seien die Landsleute von drüben besonders froh über Einkaufstipps, die neben der Amtshandlung des Begrüßungsgeldes sozusagen privat über den Schalter wechseln.

Freudiges Wiedersehensfest

Als am Abend des 11. November das Buffet des alljährlichen Betriebsfestes der Papiersackfabrik Bad Sachsa eröffnet wurde, verbreitete sich das Gerücht, im nahe gelegenen Walkenried

würden die Grenzanlagen zur DDR beseitigt. Neugierige starteten ihre Karossen und sahen mit eigenen Augen das Unglaubliche. Bewohner des jenseits der DDR-Grenze gelegenen Ortes Ellrich strömten samt Blaskapelle durch den ehemals „eisernen Vorhang“. Müßig zu erwähnen, dass die Betriebsfete in ein freudentränenreiches Wiedersehensfest umschlug. Manch einer wurde auch vom Foxtrott abberufen, weil ein Anruf von Zu Hause signalisierte, dass Geschwister oder Onkel und Tante von drüben eingetroffen waren.

Seit Mitte November öffnet die DDR immer weitere Löcher im Metallgitterzaun und die Ostdeutschen machen zusätzlichen Druck. So engagierten sich die Bewohner des Örtchens Bockelnhagen für einen Grenzübergang zum Nachbarort Bartolde bei Bad Lauterberg dergestalt, dass sie gar anboten, für die Instandsetzungsarbeiten an der Grenzübergangstraße in ihrem Bereich kostenlose Arbeitseinsätze zu leisten. Weit südlicher bei Theobaldshof (Landkreis Fulda) erzwangen Thüringer Bürger regelrecht die Öffnung eines kleinen Grenzüberganges. Zwischen Oberweid (Thüringen) und Simmershausen (Kreis Fulda) führte der Wunsch nach einem gemeinsamen

Gottesdienst auf westdeutscher Seite zur Öffnung der Grenze.

Es ist ein vielfältiges Bild. Während die einen zu gemeinsamen Seniorenfeiern zusammenkommen, organisieren die anderen Kaffeetafeln und gemeinsame Ausflugsfahrten. In der St. Crucis-Kirche im hessischen Bad Sooden-Allendorf sangen am ersten Adventssonntag über 150 West- und Ostdeutsche nach der Predigt eines DDR-Pfarrers ein Lied von derzeit besonderer Symbolik: Macht hoch die Tür, die Tor macht weit ...

Immerhin gehört der Einkauf im Westen für die Bewohner der grenznahen DDR-Regionen aber schon fast zur Normalität. „Viele Gesichter kenne ich bereits“, sagt ein Ende November von der niederländischen an die deutsch-deutsche Grenze bei Walkenried versetzter Bundesgrenzschutzbeamter. „Die kommen wohl regelmäßig zum Einkaufen.“ Obwohl das Begrüßungsgeld schnell ausgegeben und der Wechselkurs für die Landsleute aus dem Osten wenig attraktiv ist (Anm. der Red.: Als offizieller Wechselkurs der Ostmark zur D-Mark galt zwar 1:1, aber die Realität sah anders aus: Noch zu Beginn der sechziger Jahre wurden für 100 Ostmark 30 bis 40 Westmark gezahlt. Bis Mitte der achtziger Jahre gab es an den Wechselschaltern zumindest knapp 20 Mark. Dann stürzte die Mark der DDR weiterhin ab, siehe auch Spiegel vom 27.11.1989 – „Ostmark zum Willkürkurs“), wechselt Tag für Tag so manche warengefüllte Plastiktasche von einer Seite des Grenzzauns auf die andere. Beliebt sind auch Presseerzeugnisse, allen voran Programmzeitschriften.

„Große Sprünge sind halt nicht drin“, bedauert eine junge Familie aus Nordhausen, die vor einem Aldi-Warenhaus fasziniert die Offerte niedrigpreisiger Farbfernseher und Mikrowellenherde studiert. „Ein bisschen Klimbim, den



Schon bald nach der ersten freien Volkskammerwahl regt sich überall im Lande der Wille zum Neuanfang.



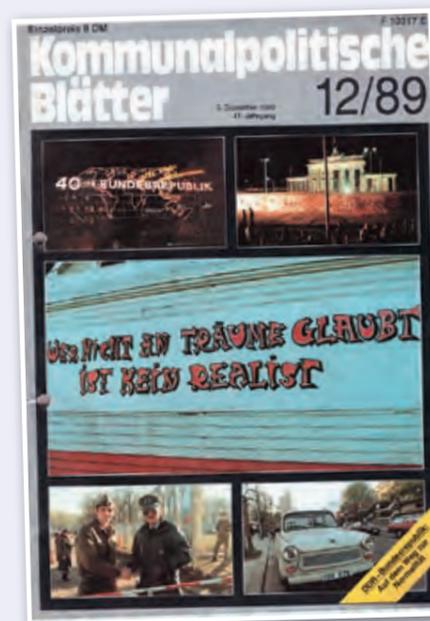
man zum Leben eigentlich nicht braucht, wie zum Beispiel Orangen, Bananen oder gerade jetzt zur Weihnachtszeit Spielsachen, das muss aber schon drin sein. Unsere Hoffnungen ruhen allerdings auf dem angekündigten Devisenfonds (Anm. der Red.: Damit sollte ein Tauschverhältnis von 1:4 bzw. 1:5 ermöglicht werden) und günstigeren Umtauschrelationen.“ Aber kein Zweifel: Die Tore stehen weit offen. Die Bundesgrenzschutzbeamten am Übergang Hohengandern empfangen die ankommenden Trabis mit einem gern gesehenen Wink. Das erste Zusammentreffen mit der grün gewandeten Obrigkeit trägt den für Westbürger vielleicht manchmal schon als allzu selbstverständlich hingegenommenen Hauch alltäglicher Bewegungsfreiheit: kein Anhalten, keine Passkontrolle, keine lästigen Formalitäten, einfach nur ein freundlicher Wink ...

Die hier eingesetzten Beamten sind teils von anderen Grenzen oder aus der Personalreserve abgezogen worden. Denn der sprunghafte Anstieg von 22 auf über 100 Grenzübergänge (Stand: 5.12.1989) „strapaziert die Personalkapazitäten des Bundesgrenzschutzes (BGS)“, wie es ein Sprecher des Innenministeriums formuliert. Dennoch gibt es auch Spekulationen über eine künftige Verringerung der Soll-Stärke, falls die innerdeutsche Grenze entfallen oder nicht mehr so personalintensiv bewacht werden müsste. Die Beamten vor Ort mögen nicht mitspekulieren. „Die weitere Entwicklung ist doch noch gar nicht vorhersehbar“, meint ein frierender Grenzschützer am Übergangspunkt Zorge-Ellrich. „Solange die Sperranlagen bestehen und auch Bundesbürgern Ärger droht, die mehr oder weniger versehentlich DDR-Gebiet betreten, ist selbst der Beobachtungsdienst entlang des Grenzzauns nicht überflüssig.“ Hinzu komme, dass der Grenze aufgrund der bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den beiden deutschen Teilen möglicherweise eine Art Zollfunktion zukommen werde.

Während selbst am frühen Nachmittag noch Dutzende von Trabis und Wartburgs den Übergang Richtung Walkenried/Bad Sachsa benutzen, geben die bundesdeutschen Grenzbeamten ihrer Enttäuschung Ausdruck, dass ein Kontakt zu den Kollegen im Osten nur bei dichtem Nebel möglich ist. Zu tief sitzt dort offenbar noch die Furcht vor den Ferngläsern in den Wachtürmen, die einer solchen deutsch-deutschen Annäherung immer schon hinderlich waren. Wer bei Zorge-Ellrich die Grenze überschreitet,

hat die Wahl: entweder nach links zum Einkaufen nach Bad Sachsa oder Bad Lauterberg oder nach rechts zum Ausflug über die Harzhöhen. Auch diese Variante wird immer häufiger gewählt, soweit die daheim getankten Liter reichen. Auf einem Parkplatz bei Hohegeiß stellt Hartmut Witzel aus dem Harz-Örtchen Stiege seinen Wartburg ab, „um die Wachtürme und den Metallgitterzaun endlich mal von Westen zu sehen“. Der selbstständige Handwerksmeister hat sich einen Tag freigenommen. Ziel: „Nach Lust und Laune durch das Grenzgebiet fahren, vielleicht mit Abstecher nach Braunschweig.“ Kein Wunder, haben doch insbesondere diejenigen, die im ehemaligen Sperrgebiet entlang der DDR-Grenze wohnen, jede Form von Reise- und Bewegungsfreiheit über lange Jahrzehnte hinweg schmerzlich vermisst.

Die nebenstehende Reportage erschien zuerst in den Kommunalpolitischen Blättern zur Jahreswende 1989/90.



Der Norddeutsche Rundfunk meldet am Abend, dass die Visumpflicht und der Zwangsumtausch für Bundesbürger bei Reisen in die DDR ab dem 1.1.1990 wegfallen sollen. Das macht auch umgekehrt den Weg frei für unkomplizierte Besuche und Stippvisiten im anderen Teil Deutschlands. Werden ab Januar Karawanen von VW, Audi, Opel und Mercedes die verschlafenen Städtchen des östlichen Grenzgebietes durchstreifen? Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Reiseerleichterungen jedenfalls beginnt bereits der Kampf westdeutscher Reiseveranstalter um die knappen Hotelkapazitäten in der DDR. Selbst Schulungszentren des Gewerkschaftsbundes FDGB und der SED sowie von Großbetrieben stehen auf der Wunschliste. Dies alles signalisiert Aufbruchstimmung. Bleibt zu erwähnen, dass der erst seit dem 19. November geöffnete Übergang Hohengandern bei unserem Besuch auf DDR-Seite gerade vierspurig ausgebaut wurde. Wenn dieser Kraftakt in der Provinz kein Indiz dafür ist, dass auch die andere Seite sich wirklich auf eine Normalisierung einrichtet. Trabis, go west!

Mieten

WARUNG VOR „GRAUER WOHNUNGSNOT“

Die Senioren-Union der CDU warnt angesichts steigender Mieten vor einer „grauen Wohnungsnot“ in Großstädten und Ballungsräumen. „Viele Senioren können sich die hohen Mieten nicht mehr leisten“, sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, kürzlich in Berlin. Schon heute zahlten bundesweit 63 Prozent der über 65-Jährigen mehr als 30 Prozent des Netto-Haushaltseinkommens für Miete und Nebenkosten – in Großstädten deutlich mehr. Wulff forderte zusätzliche finanzielle Anstrengungen von Bund und Ländern für den Neu- und altersgerechten Umbau von Sozialwohnungen. Da viele Senioren nach dem Auszug der Kinder in zu großen Wohnungen lebten, müssten die Wohnungsgesellschaften mehr Tauschbörsen zum Umzug in kleinere Wohnungen organisieren. Nach Angaben des Instituts Emnid zahlen Senioren in Großstädten durchschnittlich 630 Euro Miete im Monat. Da Rentner aber häufiger in alten Gebäuden leben, die von den Wohnungsbauunternehmen nach und nach modernisiert werden, fürchten viele nach Erkenntnissen der Senioren-Union, nach Mieterhöhungen aus der Wohnung verdrängt zu werden. „Senio-

ren können sich Großstädte bald nicht mehr leisten“, warnte Wulff vor einer drohenden „Mietfalle“. Schon heute müssten Senioren mit einem Haushaltseinkommen von netto unter 1.300 Euro monatlich 46 Prozent für Miete

und Nebenkosten aufwenden, sagte Wulff. In ländlichen Regionen seien die Mieten günstiger, dort seien Senioren aber vielfach in der Mobilität deutlich eingeschränkt, weil der öffentliche Nahverkehr seit Jahren ausgedünnt werde. 

Betriebsrenten

ENTLASTUNG ANGESAGT

Die Senioren-Union der CDU begrüßt die Initiative des Sozialverbandes VDK, um die Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge zu verbessern. „Die Bundesregierung und die Regierungskoalitionen arbeiten gegenwärtig daran, die Sozialabgaben bei der betrieblichen und privaten Altersvorsorge zu reduzieren“, sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, kürzlich in Berlin. Die Präsidentin des VDK, Verena Bentele, hatte sich dafür ausgesprochen, für Betriebsrenten einen Freibetrag bei

den Sozialabgaben von monatlich 155 Euro einzuführen. Die Senioren-Union richtete jedoch bereits 2015 einen Antrag an den 28. CDU-Bundesparteitag, in dem sich die Senioren-Union für eine Abschaffung der sogenannten „Doppelverbeitragung“ aussprach. Wulff: „Der Entfall der doppelten Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung kann einen wertvollen Anreiz darstellen, mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine betriebliche Altersvorsorge zu gewinnen.“ 

NKWD-Lager Tost:

WIDER DAS VERGESSEN



1945 in Tost: Erste eingetroffene Häftlinge ahnen noch nicht, welches Schicksal sie erwartet.

Jamlitz, Mühlberg, Buchenwald, Tost – schon wenige Monate nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden vom sowjetischen Volkskommissariat für Inneres NKWD schätzungsweise 125.000 deutsche Zivilisten in gerade aufgelöste und befreite Konzentrationslager verschleppt. Sie wurden ab April/Mai 1945 einbestellt und meldeten sich – ohne zu ahnen, dass sie jahrelange Haft erwartete, die für fast die Hälfte mit einem elenden Tod endete – vorschriftsgemäß. Zu Hause warteten ihre Familien vergeblich auf ihre Rückkehr. Besonders brutal ging es im Lager Tost (heute Toszek) zu, wo während des sechsmonatigen Bestehens zwei Drittel der Inhaftierten durch Hunger, schwere Zwangsarbeit, Krankheiten sowie Misshandlungen umkamen. Zu DDR-Zeiten waren diese Lager ein Tabuthema. Die Hamburgerin Sybille Kraegel will die Erinnerung wachhalten. Gleich nach der Wende

begann sie mit der Suche nach ihrem Vater Hans-Werner Rasmussen, Chef der Framo (später Barkas-Werke) in Hainichen. Sie fand heraus, dass auch er nach Tost verschleppt worden war und dort umkam. Sie begann, auch die Namen und Daten anderer Häftlinge zu erforschen, heute hat sie etwa 4.600 Personendaten archiviert. Immer wieder organisiert sie Gedenkfahrten nach Toszek, richtete dort mit dem örtlichen deutschen Freundeskreis eine kleine Gedenkstätte ein und ist inzwischen Ehrenbürgerin der Gemeinde Toszek. Diese Ehrenbürgerschaft, so der Bürgermeister, sei ein Ausdruck von Dankbarkeit für die Geltendmachung der Wahrheit, die Verbreitung des historischen Wissens und die Erinnerung an einen Ort, der ein Symbol menschlichen Leidens ist. Weitere Infos: Sybille Kraegel, Tel.: 040-53320599, E-Mail: sybkraegel@aol.com 



Reiseleistungen:

- Flüge von Berlin-Schönefeld, Düsseldorf, Frankfurt/Main und Hamburg nach Sarmellek und zurück mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy Class
- Flughafengebühren und Luftverkehrsabgabe
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 14 Übernachtungen im Health Spa Hotel Aqua**** (Landeskategorie) im Doppelzimmer
- All Inclusive Verpflegung gemäß Ausschreibung
- Ärztliche Eingangskonsultation
- Zwölf Kuranwendungen nach ärztlicher Vorgabe
- Nutzung der Wellness- und Badelandschaft im Hotel
- Leihbademantel
- Zwei Ausflüge in die Umgebung von Héviz
- 1 x Eintritt zum Héviz Thermalsee (2 Stunden)
- 1 x Kaffee und Kuchen in einem Héviz Café
- Deutschsprachige Reisebetreuung mit regelmäßigen Sprechstunden im Hotel
- Umfangreiche Informationen zur Reise

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten und Getränke
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen (Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskostenversicherung)
- Kurtaxe in Höhe von EUR 1,90 pro Person je Tag, zahlbar direkt vor Ort

Barrierefreiheit kann nicht gewährleistet werden. Ob die Reise trotzdem Ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, erfragen Sie bitte vor Buchung.



Zimmerbeispiel Health Spa Hotel Aqua

Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!



Health Spa Hotel Aqua****

Lage: Das beliebte 4-Sterne-Hotel liegt zentrumsnah in einem schattigen Park, etwa 500 Meter vom berühmten Thermalsee entfernt.

Ausstattung: Das Hotel verfügt über eine großzügige Eingangshalle mit Rezeption, Hauptrestaurant und Quint Lobby Bar. An verschiedenen Abenden wechselnde Unterhaltung im Hotel. WLAN im ganzen Hotel nutzbar.

Zimmer: Die 232 Zimmer sind komfortabel mit Bad oder Dusche, WC, Haartrockner, Direktwahltelefon, Radio, Sat-TV, Minibar und Safe ausgestattet.

All Inclusive Verpflegung: Frühstück-, Lunch- und Abendbuffet, Kaffeepause, ab 11:00 Uhr alkoholfrei und zusätzlich ab 18:00 Uhr alkoholische Getränke gemäß Karte.

Kur/Wellness/Freizeit: Die hotel-eigene Badelandschaft mit zwei Thermalbecken, Erlebnisbad mit Innen- und Außenbecken, Freischwimmbad und Kneipp-Tretbecken. Darüber hinaus können Sie sich im Saunabereich mit finnischer- und Textilsauna, Infrarotkabine, Dampfbad und Abkühlbecken erholen. Für den sportlichen Ausgleich bietet Ihnen das Hotel einen Fitnessraum, Tischtennis und Sportanimation in Gruppen, u.a. mit Morgengymnastik, Aqua-Fitness und Nordic Walking. Die hervorragend ausgestattete Kurabteilung des Hotels bietet die breite Palette der traditionellen Heviz Heilkur an.

BAD HÉVIZ

ALL INCLUSIVE VERPFLEGUNG



Heviz ist eine gepflegte Kurstadt in Ungarn, ca. fünf Kilometer vom Plattensee entfernt. Die wohl bekannteste Heilquelle Ungarns ist der Heviz See, der größte Thermalsee der Welt. 80 Millionen Liter strömen hier täglich aus 38 Meter Tiefe und erneuern das Seewasser innerhalb von 48 Stunden komplett. Die Wassertemperatur beträgt im Winter nie weniger als 24 Grad und kann im Sommer bis auf 37 Grad steigen.

Doch Heviz hat noch mehr als Thermalbaden zu bieten: das 4.500 Einwohnerstädtchen hat den Charme eines idyllischen Dorfes. Enge Straßen, weiß und ockergelb gestrichene Häuschen mit zahlreichen Cafés und kleinen Geschäften prägen das Bild von Heviz.

Abflugtermine und Reisepreise pro Person:

Saison	Termine 2020	Grundpreis
A	16.05. bis 30.05.2020 23.05. bis 06.06.2020	EUR 1.499,-
B	05.09. bis 19.09.2020 12.09. bis 26.09.2020	EUR 1.579,-

Zuschlag Standard-DZ zur Alleinbenutzung: EUR 280,-
 Zuschlag Superior-DZ pro Person je Nacht: EUR 12,-
 Zuschlag Superior-DZ zur Alleinbenutzung je Nacht: EUR 24,-

Mögliche Flughäfen / Abflugtermine: Preise für Haustürabholung:

Flughafen	Termine	Zone	Radius	Preis
Düsseldorf	23.05. 12.09.	Zone 1	bis 69 km	EUR 49,-
Frankfurt / Main	23.05. 12.09.	Zone 2	bis 129 km	EUR 99,-
Hamburg	16.05. 05.09.	Zone 3	ab 130 km	EUR 149,-
Berlin-Schönefeld	23.05. 12.09.			

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: BAD HÉVIZ

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 023 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur BAD HÉVIZ-Reise

per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____
 Telefon _____
 E-Mail _____

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

Festakt im Französischen Dom

ALS DER „EISERNE VORHANG“ DIE ERSTEN LÖCHER BEKAM

Am 14. Oktober ehrt die Senioren-Union mit einem Festakt im Französischen Dom in Berlin den ungarischen Ministerpräsidenten a.D. Miklós Németh und den ungarischen Botschafter in Deutschland (DDR und BRD) a.D., István Horváth. Sie erhalten die Goldene Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern im Rahmen der Feierlichkeiten aus Anlass des 30. Jubiläums des Falls der Berliner Mauer.



Die Außenminister Österreichs und Ungarns, Alois Mock (l.) und Gyula Horn, durchschneiden am 27. Juni 1989 den „Eisernen Vorhang“.

Auszeichnung einer israelisch-palästinensischen Elterninitiative im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Preisträger Michail Gorbatschow im November 2014 mit dem SU-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff.



„Am 19. August 1989 drängten Hunderte von DDR-Bürgern in Sopron durch Lücken im Grenzzaun zwischen Ungarn und Österreich, um in den Westen zu gelangen, ... die ungarischen Grenzwachen schauten tatenlos zu“, erinnert sich Jürgen Sudhoff, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt. „Am 24. August ließen die Ungarn die 108 Deutschen aus der DDR in den Westen ziehen, die seit Wochen Zuflucht



in unserer Botschaft in Budapest gesucht und dort in Büros und Abstellkammern, auf Treppen und auf Fluren kampiert hatten“, so Sudhoff weiter. „In den Wochen danach folgten ihnen Tausende ihrer Landsleute, die in Zeltlagern, auf Campingplätzen und in Sommerpensionen am Plattensee und in anderen ungarischen Ferienregionen auf eine Ausreisemöglichkeit gehofft und gewartet hatten. Wer erinnert sich nicht dieser Bilder, die wir in jenen Tagen auf unseren Fernsehschirmen sahen, Bilder voller Dramatik.“

Für die ungarische Regierung war dies damals ein hochriskantes Unterfangen, verstieß sie doch damit gegen jegliche östliche Blocksolidarität und vertragliche Abmachungen mit der DDR. Sudhoff sagte damals dem ungarischen Außenminister Gyula Horn: „Sagen Sie Ihren Leuten: Lasst die Menschen ziehen! Macht die Augen zu und die Tore auf!“ Horn schickte alle Umstehenden aus dem Zimmer, zog Sudhoff

zum geöffneten Fenster und antwortete: „Fahren Sie nach Hause und sagen Sie dort, die ungarische Regierung wird einen Weg finden, um den Menschen zu helfen.“

Die Ungarn hielten Wort und trugen so wesentlich zum späteren Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs generell bei. Die Senioren-Union würdigt diesen Mut und diesen Einsatz für die Menschlichkeit im Oktober mit der Verleihung der Goldenen Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern im Französischen Dom in Berlin. Die Laudatio wird Prof. Dr. Horst Teltschik halten, langjähriger Chef der Münchner Sicherheitskonferenz und 1989 unter Helmut Kohl im Kanzleramt tätig, dort entscheidend in die deutsch-deutschen Verhandlungen der Wendezeit und zur Wiedervereinigung involviert. Er wird eine Rede mit politischem Ausblick halten und auf die besondere Verpflichtung Deutschlands aus der Wiedervereinigung für und in Europa eingehen.

Zu den bisherigen Preisträgern zählen der ehemalige sowjetische Ministerpräsident Michail Gorbatschow (für seine Friedens- und Verständigungspolitik, siehe Souverän 4-2014), aber auch eine israelisch-palästinensische Elterninitiative namens „Parents Circle“, die ihre Auszeichnungen im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel erhielten.

HEIDI EXNER ERNEUT LANDESVORSITZENDE

Mit knapp 96 Prozent bestätigte die Landestagung der Senioren-Union im CDU-Landesverband Oldenburg Heidi Exner aus Edewecht erneut zur Landesvorsitzenden. Rund 100 Delegierte und zahlreiche Gäste aus den neun Kreisverbänden trafen sich in Sage/Großenkneten, um den Landesvorstand neu zu wählen. Inhaltlich war die Versammlung geprägt von der Europawahl. Die wiedergewählte Landesvorsitzende, Heidi Exner, zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Senioren-Union Deutschlands wertete



Erste Gratulanten, v.l.: Jens Nacke MdL, Heidi Exner, Astrid Grotelüschen MdB, Dr. Stefan Gehrold MdEP, Stephan Albani MdB. Foto: J. Holtvogt

ihr Wahlergebnis als Bestätigung und Auftrag, sich auch weiterhin intensiv für die Belange der Seniorinnen und Senioren im Oldenburger Land einzusetzen. Ihre Schwerpunkte werden die Gesundheitspolitik sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein. Dabei forderte sie die Wirtschaft auf, altersgerechte Arbeitsplätze vorzuhalten bzw. zu schaffen. Neben Exner wurden im neuen Landesvorstand bestätigt: die stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Hans-Joachim Bopp aus Cloppenburg und Günter Reise

aus Großenkneten, ebenso die Schriftführerin Waltraud Boving aus Damme und der Schatzmeister Karl Krieger aus Oldenburg. In das neue Amt des Mitgliederbeauftragten wurde Heinz Bröer aus dem Kreisverband Vechta gewählt.

KOSOVO: INFORMATIONEN VOR ORT



Delegation der Senioren-Union Baden-Württemberg in der Diskussion mit Kadri Veseli (hinten rechts), dem Präsidenten des kosovarischen Parlaments.

In Zusammenarbeit mit dem bildungspolitischen Projekt Education Unlimited e.V. aus Stuttgart, welches sich um Kooperation zwischen Schulen in der Republik Kosovo und in Baden-Württemberg bemüht, besuchten Mitglieder und Gäste des Landesvorstandes der Senioren-Union auf einer sechstägigen Reise die Republik Kosovo. Education Unlimited e.V. wird von der Deutschen Botschaft in Pristina mit Botschafter Christian Heldt sowie dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und Landesvorsitzenden der Senioren-Union, Rainer Wieland MdEP, unterstützt und begleitet. Im politischen Teil der Reise stellten hochrangige Begegnungen und intensive Gespräche u.a. mit Kadri Veseli, dem Präsidenten des kosovarischen Parlaments, Ramush Haradinaj, dem seinerzeitigen Premierminister der Republik, und Abgeordneten verschiedener Parteien Schwerpunkte der Reise dar. Dazu zählte auch der Besuch bei EULEX, einer zivilen Mission der Europäischen Union, in deren Rahmen Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte in den Kosovo entsandt wurden, um dort beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung zu helfen. Bei Besichtigungen und Gesprächen in der katholischen Kirche St.

Abraham, der Moschee in Drenas und in dem aus dem Mittelalter stammenden serbisch-orthodoxen Kloster Visoki Decani wurden die Bemühungen deutlich, über Grenzen von Volkszugehörigkeit und Religion hinweg Lösungen für ein zukünftiges friedliches und nachhaltiges Miteinander zu finden. Bei diesen und vielen anderen Anlässen stellte sich heraus, dass in allen Schichten der Bevölkerung – auch bei den jüngeren – der Krieg mit seinen schrecklichen Erlebnissen noch sehr „in den Köpfen“ verankert ist. Unterstrichen und besonders offenkundig wurden die Probleme beim Besuch in Mitrovica, wo eine gesperrte und von militärischen Kräften der KFOR überwachte Straßenbrücke Wohnbezirke mit Bevölkerung unterschiedlicher Volkszugehörigkeit voneinander trennt. Auf Anerkennung bei der deutschen Delegation stießen die durchaus erkennbaren Ansätze, die immer noch weit verbreiteten gravierenden Vorbehalte und Aversionen der mehrheitlich ethnisch albanischen Bevölkerung gegenüber dem serbischen Volksteil und vice versa zu überwinden. Einigkeit herrschte aber auch darin, dass dieser Prozess der Annäherung Zeit braucht.

CB

SEN CSU: WIEDERWAHL VON DR. GOPPEL

Die bayerische Senioren-Union hat auf ihrer Landesversammlung im Juli in Kloster Banz ihren Vorsitzenden Dr. Thomas Goppel mit 89,9 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Der langjährige Bayerische Wissenschaftsminister wird in seiner Arbeit künftig von den Stellvertretern Raimund Fries, Manfred Hopfengärtner, Karin Linz und Christel Teroerde unterstützt. Die CSU-Senioren forderten mehr Mitspracherecht bei den entscheidenden Zukunftsfragen. Der stellv. Bundesvorsitzende Claus Bernhold sprach ein Grußwort für die Bundesvereinigung.

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

PRO RETINA

PRO RETINA Deutschland e.V.

Selbsthilfevereinigung von Menschen mit Netzhautdegenerationen

**Forschung fördern
Krankheit bewältigen
selbstbestimmt leben**

www.pro-retina.de

ZUSAMMENARBEIT DER SENIOREN-UNION MIT DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION



Auf Einladung der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend referierten kürzlich vor diesem Gremium der stellvertretende Bundesvorsitzende und der Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union, Claus Bernhold, und SU-Bundesgeschäftsführer Jan Peter Luther über die aktuell beim Bundesvorstand der Senioren-Union bearbeiteten Themen. Dabei ging es u.a. um langjährige Forderungen der Senioren-Union wie:

- durch Ergänzung des Wortes „Lebensalter“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes Altersdiskriminierung und -benachteiligung ausschließen;
- sich der zunehmenden Probleme der Vereinssamung im Alter annehmen;
- die finanzielle Ausstattung des Bundesaltensplans, vergleichbar dem Kinder- und Jugendplan des Bundes, erhöhen;
- die Einführung von verbindlichen und bundesweit einheitlichen Standards für Pflegeheime und Senioreneinrichtungen;
- mit Einführung sog. Landarztquoten mehr Ärzte für ländliche Regionen gewinnen und den Zugang zum Medizinstudium flexibler gestalten und nicht nur an den Numerus Clausus koppeln;
- Stärkung sog. Hausarztmodelle durch Weiterführung und Ausbau bestehender Programme;
- Digitalisierung des Gesundheitswesens (u.a. Telemedizin, elektronische Patientenakte) vorantreiben. E-Health-Gesetz an die Erfordernisse der Digitalisierung anpassen;
- Bestellung eines Demografiebeauftragten auf Bundesebene, um den Herausforderungen des

demografischen Wandels ressortübergreifend gerecht zu werden.

Aus dem Teilnehmerkreis kamen sehr positive Rückmeldungen zu dieser Form der persönlichen Begegnung und des gegenseitigen Gedankenaustauschs. Marcus Weinberg MdB, Vorsitzender der AG und familienpolitischer Sprecher der Fraktion, regte an, solchen Austausch mindestens jährlich zu wiederholen. Ziel solle sein, in der Arbeitsgruppe ein „Positionspapier Senioren“ u.a. auf der Grundlage der besprochenen Themen entstehen zu lassen, welches in die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einfließt und ergänzend durch die vor kurzem initiierte Fraktionsgruppe 60+ weiterverfolgt wird. Die Bandbreite der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend reicht von der (finanziellen) Förderung von Familien, der Unterstützung bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über die Stärkung der Potenziale und Kompetenzen älterer Menschen bis hin zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

CB



NACHRUF

Friederike de Haas verstorben

Friederike de Haas bereicherte die Arbeit der Senioren-Union als Mitglied des Bundesvorstands (2008 bis 2016) sowie als stellvertretende Bundesvorsitzende (2012 bis 2014).

Sie war auch Landesvorsitzende der Senioren-Union Sachsen (2011 bis 2016). Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) würdigte das Wirken der CDU-Politikerin und früheren Gleichstellungsministerin wie folgt: „Der Tod von Friederike de Haas macht mich traurig. Sie war über viele Jahre eine engagierte Sächsin und für mich eine gute Wegbegleiterin.“ Friederike de Haas hat als Parlamentarische Staatssekretärin und Staatsministerin der ersten Stunde aktiv am Aufbau des neugegründeten Freistaats mitgewirkt und für die Gleichstellung von Frauen und Männern wichtige Impulse gesetzt. Friederike de Haas verstarb am 17. Juni 2019 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren.

40 JAHRE SENIOREN-UNION IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Der 16. März 2019 war für die Senioren-Union ein ganz besonderer Tag: Vor nunmehr 40 Jahren wurde in Freiburg der erste Verband der neuen Vereinigung der Christlich-Demokratischen Union, der Senioren-Union Baden-Württemberg, gegründet. Es waren namentlich Prälat i.R. Dr. Alois Stiefvater und Bürgermeister a.D. Alfred Löffler, die neben anderen engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Initiative ergriffen und für den 16. März 1979, 15 Uhr, zur Gründungsversammlung in das Kolpinghaus einluden. Bei der offenbar bestens vorbereiteten Versammlung, an der rund 50 Personen teilnahmen, wurde die erste Satzung verabschiedet und der erste Landesvorstand gewählt. Landesvorsitzender wurde der langjährige Landtagsabgeordnete und Bürgermeister Alfred Löffler, der diese Funktion die nächsten zehn Jahre innehatte. Seiner und der Arbeit des elfköpfigen Landesvorstandes ist es zu danken, dass zum Ende seiner Amtszeit die Senioren-Union in Baden-Württemberg flächendeckend in 42 Kreisverbänden über 12000 Mitglieder zählen konnte.

Auf Bundesebene zählt als Gründungsveranstaltung die erste Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union am 20. April 1988 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Die Senioren-Union Baden-Württemberg kann also zu Recht und mit gewissem Stolz darauf verweisen, dass hier im „Ländle“ der Grundstein für die zweitgrößte Vereinigung der Christlich-Demokratischen Union gelegt wurde. Der Landesverband hat in einer zentralen Feierstunde in Freiburg an das Jubiläum erinnert.

CB

Wahlkampfjahr 2019

SENIOREN-UNION KÄMPFT MIT



Aachen

Berend und den zahlreichen Zuhörern über ein „Europa im Blick der Senioren“. Noch am selben Tag hieß es in Suhl: „Europa 2019 – wohin trägt uns der Stier?“, ebenfalls in Anwesenheit von Walsmann und Berend. Wulff, dem die Weiterentwicklung Europas besonders am Herzen liegt, warb auch in Aachen (mit Sabine Verheyen MdEP), Weiterstadt (mit Michael Gahler MdEP), im

Wieder ein Jahr voller Wahlkämpfe, wieder war bzw. ist der Einsatz der Senioren-Union gefordert. Wie immer mit vorbildlichem Engagement an der Spitze: Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff, der beispielsweise anlässlich der Europawahl im Mai gleich mehrere Termine bestritt. So u.a. im sauerländischen Olpe, wo er gemeinsam mit Dr. Peter Liese MdEP und SU-Bundesvorstandsmitglied Wilma Ohly für den Gang zur Wahlurne warb und populistischen europakritischen Standpunkten eine klare Absage erteilte. In Gotha (Thüringen) diskutierte er mit Ministerin a.D. Marion Walsmann, Spitzenkandidatin der CDU Thüringen bei der Europawahl, dem SU-Landesvorsitzenden Rolf



Doerpen

emsländischen Dörpen (mit Jens Gieseke MdEP) sowie auf Wangerooge für ein starkes Europa, das den Menschen Freiheit



Weiterstadt

und Sicherheit garantiert.



Gotha

Gleich danach ging es weiter in die Landtagswahlkämpfe in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, dabei auch in bewährter Manier mit dem aktuellen Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Tilmann Kuban, als „Union der Generationen“. Dieses politische Angebot hatte sich schon mit Paul Ziemiak und dem leider so

früh verstorbenen Philipp Mißfelder als Zugnummer erwiesen. Bei Redaktionsschluss lag die vollständige Terminliste noch nicht vor.



Bremerhaven



Olpe

DREI-LÄNDER-KONFERENZ



Im Schweriner InterCity Hotel fand kürzlich das diesjährige Drei-Länder-Kongressstreffen der Senioren-Union Mecklenburg-Vorpommern (MV), Hamburg und Schleswig-Holstein statt. Es wurde über das Thema „Ist der Landarzt noch zu retten? Wie sieht die Versorgung mit Ärzten und Apothekern in Zukunft aus?“ diskutiert. Neben zahlreichen Mitgliedern

aus allen drei Verbänden nahmen zudem prominente Landespolitiker der CDU, wie Generalsekretär Wolfgang Waldmüller MdL und Sebastian Ehlers MdL, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, an der Diskussion teil. Weiterhin konnten Vertreter der Ärzte- und Apothekerschaft, wie Axel Rambow und Marco Bubnick, Vizepräsident der Apothekenkammer MV, aber auch der Schweriner Hausarzt Siegfried Mildner und Susanne Paschka als Vorstandsmitglied der Apothekenkammer MV für die Veranstaltung gewonnen werden. Nach den Experten-Beiträgen wurde lebhaft mit den teilnehmenden Seniorinnen und Senioren aus MV, HH und SH diskutiert. Letztlich fokussierte sich die Diskussion auf die Abschaffung oder Lockerung des Numerus clausus für Studenten der Medizin und Pharmazie als Lösung des Problems der medizinischen Versorgung auf dem Land. Das nächste Dreiländertreffen wird 2020 in Hamburg das Thema Mobilität beleuchten.

WIENER TREFFEN ÖFFNET NEUES KAPITEL IHRES WIRENS

Zehn Jahre Sommerakademie für Führungskräfte – das sollte gefeiert werden und wurde gefeiert! Doch kaum war das Gläschen geleert, da nahmen die Vorträge und Diskussionen ihre Fortsetzung. Und die Gremien – Präsidium und Exekutivkomitee – beanspruchten auch noch ihre Zeit. Kurzum: Drei anstrengende Tage waren das Ende Juni. Seniorenpolitiker aus 24 Mitgliedsorganisationen waren auf das Areal des Springer-Schlössl, Wien, gekommen. Sie erwiesen Dr. Marilies Flemming ihre Reverenz, die als Begründerin der inzwischen traditionellen Akademien und ihre Ideengeberin, ihre Seele, gilt. Mit ihrer Begeisterung für das integrierte Europa hat sie viele „angesteckt“ und ermutigt. Krankheitsbedingt war sie diesmal nicht dabei.

Die im Mai unerwartet verlaufenen Wahlen zum Europäischen Parlament verlangten nach Analyse und Antwort auf die Frage: WIE WEITER?

Die Hauptredner – ESU-Präsidentin An Hermans (B), die Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, Ingrid Korosec, der bisherige EU-Abgeordnete Heinz K. Becker (AT) und Univers.-Prof. Dr. Steven Van Hecke (B) – waren sich in Einem einig: EUROPA verdient und braucht nun erst recht unsere ganze Sympathie und Kraft! Es gibt zu einem demokratischen, freiheitlichen und

friedlichen Europa keine vernünftige und tragfähige Alternative. Den populistischen und spalterischen Bestrebungen gilt es durch überzeugendes politisches Wirken zu begegnen. Das Sterben Asylsuchender im Mittelmeer muss ein Ende haben. Ein soziales Europa mit guten Lebensverhältnissen, eingebettet in verantwortbare



Festbroschüre zum Jubiläum der ESU-Sommerakademien für Führungskräfte

klimatische Bedingungen, darf nicht länger eine Aufgabe neben anderen sein; hier stehen Menschenrechte auf dem Spiel, für deren Einhal-

tung unser Kontinent bisher beispielgebend war. Prof. An Hermans ermutigte die Teilnehmer, ihre Erfahrungen aus der EU-Wahlkampagne für die teils neuen Aufgaben zu nutzen. Prof. Dr. Otto Wulff, Vorsitzender der CDU-Senioren-Union und zum ersten Mal auf einer Sommerakademie, plädierte für gemeinsames Vorgehen von Alt und Jung, da sie auch gemeinsam von EUROPA profitierten. Für Dr. Bernhard Worms, den Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union und früheren ESU-Präsidenten, muss die Nutzung moderner Medien mit der

Bewahrung der Menschenwürde einhergehen. EVP-Präsident Joseph Daul dankte der ESU in einer Videobotschaft für ihre ideenreiche und erfolgreiche Mitarbeit.

Diskussionsredner informierten über Erfahrungen aus der Wahl-Kampagne und die nächsten Schritte ihres Wirkens. Dazu gehört gemeinsames Vorgehen mit den Abgeordneten des neugewählten EU-Parlaments aus dem jeweiligen Land mit dem Ziel, für neue Probleme Lösungen zu suchen und entschlossen anzugehen. Somit könnte Vertrauen der Bürger zurückgewonnen oder neu geschaffen werden.

NEU

IN DER ESU-FAMILIE

Die Seniorenvereinigung der Christlich-Demokratischen Volkspartei Ungarns, die der EVP angehört, besitzt nun Beobachterstatus in der ESU. Nach einem Jahr wird über den Antrag auf Voll-Mitgliedschaft erneut beraten. Die „Kovács K. Zoltán Seniors' Club Association“ wird von István Ivanics geleitet und war in Wien mit zwei Persönlichkeiten präsent.



Auf weitere anregende internationale Treffen! V.r.n.l.: Erika Reinhardt und Prof. Dr. Wulff (beide DE); Ingrid Korosec und Heinz K. Becker (beide Österreich).

ESU-KALENDER

27.-29. September: SANDANSKI (Bulgarien): Wahlkongress der ESU

18.-19. Oktober: BERLIN: Treffen des neugewählten ESU-Präsidiums mit der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer

6.-8. November: BRATISLAVA: ESU-Regionalkonferenz

20.-21. November: ZAGREB: Teilnahme von Delegierten und Gästen am Kongress der Europäischen Volkspartei EVP

Verantw. für diese Seite: Ulrich Winz

Leserbriefe

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Wider die verordnete Sprachdiktatur

Zur Souverän 2-2019, S. 24-26

Sprache ist Bindeglied zur Heimat. Innerhalb einer solchen Heimat gibt es selbstverständlich Abweichungen, die sog. Muttersprache, auch Dialekt genannt. ... Eines jedoch ist, trotz aller Vielfalt der Dialekte, fest verankert. Wir sprechen Deutsch, wir schreiben Deutsch. Bedauerlicherweise hat selbst der Duden vor der Flut der pseudoanglizistischen Wörter kapituliert und hat sogar viele davon übernommen, anstatt sein Regulativ deutlich als Abwehr gegen die Verhöhnung unserer Sprache einzusetzen. ... Im Nachkriegszeitalter bediente sich der Journalismus, ebenso weite Teile der Industrie, im Speziellen aber die IT-Branche, immer häufiger des anglizistischen Sprachgebrauchs. Es wurde immer mehr sprachgepanscht, man wollte

sich modern geben. Was für ein gravierender Irrtum. ... In all meinen bisher veröffentlichten Artikeln, und es waren nicht wenige, habe ich mich klar und verständlich, immer dem Thema entsprechend, auszudrücken versucht, ohne dem Gebrauch von „Denglisch“ oder gar einer „gendingerechten“ Sprachweise zu verfallen. **Karl-Heinz Broesamle, 26188 Edewecht**

Ich stimme den Positionen der Verfasser ausdrücklich zu. Ich denke wir neigen in Deutschland häufig dazu, das „Kind (m. w. d.?) mit dem Bade auszuschütten“.

Wenn man die geschlechtergerechte Sprache rigoros umsetzt, dann beraubt man die deutsche Sprache eines ihrer wichtigsten und schönsten Merkmale: der Sprichwörtern und Redewendungen, denn diese wären dann zu einem großen Teil politisch unkorrekt. Gerade die metaphorischen Ausdrücke und Wendungen schaffen Anschaulichkeit und Klarheit besser, als es eine Umschreibung könnte, die häufig gar nicht möglich ist. Hier drei Beispiele mit Umschreibung: „Jeder Topf findet seinen Deckel“ – „Jede Töpfen findet ihre Deckelin“ – Metapher: „Die Axt im Haus erspart den Zimmermann.“ (Schiller) „Die Axt im Haus erspart die Zimmerfrau.“ ... den „Schwarzen

Peter“ jemandem zuschieben. Die „Schwarze Petra“ jemandem zuschieben.

Vielleicht sollte man die Bemühungen eher darauf richten, die Flut der englischen und pseudo-englischen Begriffe in der Allgemeinsprache einzudämmen, es sei denn, es sind Fachwörter. Natürlich kann man mithilfe der Sprache Menschen herabwürdigen und ausgrenzen. Dann sollte aber nicht das Kommunikationsmittel Sprache geändert werden, sondern die Haltung, die sich dahinter verbirgt.

Martin Rademacher, 98693 Ilmenau

Diesen Artikel habe ich aufmerksam gelesen. Dabei komme ich zu dem Schluss, dass diesem Thema viel zu viel Zeit geopfert wird. Ich habe nichts gegen die Gendersprache, wenn sie leicht zu handhaben ist und dabei verständlich übermittelt wird. Manchmal habe ich das Gefühl, dass man sich stark verbiegen muss, um die richtige feminine Form zu finden. Aber im Zuge der Emanzipation wird sich die Gendersprache wohl verfestigen. Aber mir ist viel wichtiger, wenn sich die Sprachwissenschaftler mehr in eine andere Richtung orientieren. Der Gebrauch von Anglizismen nimmt ständig zu. Ich schaue regelmäßig die „Aktuelle Stunde“ im WDR. Die Reporter gebrauchen Anglizismen regelmäßig,

DURCH-GEHECKT!

CO₂

Der Getränkekarton mit besten Werten beim Klimaschutz!

Das belegt eine aktuelle Ökobilanz nach UBA-Standard.

Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de



Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

Eine Initiative des Fachverbandes Kartonverpackungen für Flüssige Nahrungsmittel e.V.

und zwar: Sie kennen nur noch „Highlights“, warum nicht Höhepunkte? Sie sind nur noch „happy“ und nicht mehr glücklich, sie können nur „performen“ und nicht mehr leisten, oder sprechen von „statements“ und nicht Erklärungen, und für Ereignisse brauchen sie den Begriff „events“. Diese Aufzählung könnte ich noch fortsetzen, aber für die Erklärung des Problems sind sie ausreichend.

Hermann Küper, per E-Mail

Die ganze Debatte um die „geschlechterneutrale Sprache“ ist kaum noch zu ertragen. Nun ist es ja immer wieder so gewesen, dass sich Menschen irgendwelchen Unsinn ausgedacht haben. Der Unterschied ist nur, heute wird ein solcher Unsinn gleich aufgegriffen und zum „Glaubensbekenntnis“ erhoben. Jede Vernunft scheint abhanden gekommen zu sein, was wir ja auch bei der Diskussion anderer Themen zurzeit erleben. Was ansonsten im Namen von „Gender“ noch alles auf uns zukommt, mag ich mir gar nicht vorstellen. Allein, was in den Grundschulbüchern (von den Bildungsministerien abgesegnet) steht, ist haarsträubend. Genauso untragbar wie seinerzeit die Grundschulbücher der 68iger.

Erika Gericke, 48147 Münster

Wählen gehen – Demokratie stärken!

Zur Souverän 2-2019, S. 6 ff.

in der Ausgabe von „Souverän“ 2/2019 sind zur Europa-Wahl am 26. Mai 2019 zwei Artikel erschienen, die in sehr guter und verständlicher Form darstellen, was Europa ist und welche Vorteile Deutschland davon hat. In so kurzer und prägnanter Form habe ich „Europa – Vorteile für Deutschland“ noch nie erklärt gelesen. Danke dem Autor/der Autorin. Und ganz besonderen Dank an Sabine Hense-Ferch, die mir die EU ebenso einfach und verständlich erklärt; diesen Artikel habe ich meinen Kindern und Enkelkindern übersandt. So müsste die „EU“ viel mehr „unter die Leute“ gebracht werden.

Amalie Barzen, 53757 Sankt Augustin

Selbstverständlich ist die EU unersetzlich. Kann sie aber auch alle prophetisch in sie gesetzten Erwartungen erfüllen? Die Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln sind verpflichtende und einigende Werte aller Mitgliedsstaaten. Diese sollten in allseits anerkannte Gesetze münden. Im Gegensatz dazu sind aber die Werte eines Volkes auch immer das Ergebnis seiner jahrhundertlang gewachsenen kulturellen Vorgaben und Eigenarten, die sie von ihren Nachbarn unterscheiden. Folglich müsste man zur gegenseitigen Anerkennung vordringlich

die kulturellen Unterschiede, die am meisten hemmen, in allen EU-Staaten verringern. Eine Utopie. Wenn überhaupt möglich, ist das ein sehr langer Prozess, auf den die Tagespolitik der EU keine Rücksicht nehmen kann. ... Ein Europa, eine EU mit gleicher Geschwindigkeit, mit einem vergleichbaren Werteverständnis, kann es also in absehbarer Zeit nicht geben. Dennoch erheben Führung und Parlament der EU und einige Enthusiasten immer wieder den Anspruch. ... Die Bürger aller Staaten wissen, dass dieses Ziel bis auf Weiteres eine Utopie ist. Eine pragmatische EU muss das Ziel sein, denn die alten Herausforderungen benötigen ein neues Konzept.

Klaas Ockenga, 67454 Haßloch

„Droht der Blackout mit dem Kohleausstieg“, Souverän 1-2019, S. 12ff.

Der Artikel „Droht der Blackout mit dem Kohleausstieg?“ in Souverän 1-2019 richtet einen „nüchternen Blick auf den aktuellen Sachstand“. Er listet eine Vielzahl von notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung eines Blackouts bis zum Jahr 2038 und darüber hinaus auf. Schließlich geht es um den Wohlstand unserer Nation und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Weil die bisherigen eingespielten Maßnahmen nicht ausreichen, ist es unerlässlich, ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung der verschiedenen Maßnahmen zur Transformation unseres Energiesystems zu erarbeiten. Ergänzend zu den Ausführungen des oben genannten Artikels muss hingewiesen werden auf die herausfordernde Versorgungssituation in Baden-Württemberg und Bayern. Schon immer war Baden-Württemberg ein Strom-Importland. Gemäß dem Energiebericht 2018 des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg betrug der Importanteil beim Stromverbrauch zuletzt ca. 15 %. Nach einem von der „Kohlekommission“ empfohlenen Ausstieg aus der Kohleverstromung würde Süddeutschland voraussichtlich zunehmend auf Importe aus dem benachbarten Ausland (z.B. Frankreich, Polen, Tschechien) angewiesen sein, da die heute noch bestehenden deutschen Überkapazitäten dann abgebaut sein werden. Erschwerend kommt hinzu, dass bis zum Jahr 2022 von den sieben derzeit noch laufenden deutschen Kernkraftwerken vier in Süddeutschland liegen und dann stillgelegt sein werden. Vor diesem Hintergrund warnt der Vorsitzende von BDEW, dass Deutschland sehenden Auges spätestens im Jahr 2023 in eine Unterdeckung bei der gesicherten Leistung laufen wird. Die weitere Gewährleistung der Versorgungssicherheit insbesondere im stark industrialisierten Süddeutschland mit seinem hohen Strombedarf ist

eine Herausforderung, die vordringlich bewältigt werden muss. Die hierfür notwendigen Maßnahmen müssen umgehend weiterentwickelt und einvernehmlich mit den betroffenen politischen Entscheidungsträgern abgestimmt werden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, um rechtzeitig vor 2023 die Maßnahmen umgesetzt zu haben.

Dr.-Ing. Waldemar Haug, 73240 Wendlingen am Neckar

Der Artikel zeigt auf, welcher extreme technische Aufwand nötig ist, um die Sicherheit der Stromversorgung bei vollständigem Ausstieg aus der Kohle (und der Kernenergie) zu gewährleisten. Allein für den Sektor der Stromerzeugung zeigt sich, dass die Umsetzung der Energiewende weitaus komplizierter ist als 2011 erwartet. Dies betrifft nicht nur technische Fragen, sondern es geht auch um soziale Fragen und Akzeptanz. Noch schwieriger wird es, wenn man die Sektoren Verkehr, Gebäudeheizung, Landwirtschaft und Industrie mitbetrachtet, die ihren Energiebedarf mittelfristig ohne Kohle, Gas und Öl, also weitgehend auf Basis von regenerativ erzeugtem Strom, decken sollen. Der Bundesrechnungshof hat im September 2018 der Bundesregierung Kontrollverlust und Missmanagement bei der Energiewende vorgeworfen. So wurde auch ein Masterplan gefordert. Wie nötig dieser ist, zeigte die Einweihung des Windparks Arkona am 16. April dieses Jahres durch die Kanzlerin. Der erzeugte Strom kann zum Teil nicht genutzt werden, da u. a. in Mecklenburg-Vorpommern die notwendigen Netze fehlen. Wegen des schleppenden Netzausbaus werden jährlich einige hundert Mio. Euro als Entschädigungszahlungen an die Anlagenbetreiber für nicht genutzten Strom gezahlt. Tendenz steigend.

Zurück zum Kohleausstieg. Deutschland verfolgt diesen, so die öffentliche Darstellung, um das 1,5 - 2,0 Grad-Ziel zu erreichen. Deutschland hat aber an den weltweiten CO₂-Emissionen einen Anteil von lediglich 2,1 %. Im Jahr 2018 waren laut Internationaler Energieagentur IEA die CO₂-Emissionen in Deutschland wie auch in der EU leicht rückläufig, doch stiegen die Emissionen weltweit um 1,8 % auf einen neuen Höchstwert. Die Steigerungen vollziehen sich vorwiegend in Ostasien, wo weiterhin neue Kohlekraftwerke in großem Maße gebaut werden. (Laut einem Bericht des Handelsblatts vom 4.10.2018 sind weltweit etwa 1400 Kohlekraftwerke im Bau und in der Planung.) Auf der Weltklimakonferenz 2018 in Kattowitz wurden vom IPCC Daten vorgelegt, die bis 2030 einen weiteren Anstieg der jährlichen CO₂-Emissionen um 30-45 % vorhersagen. Dazu wurden die

von allen Mitgliedsländern aufgrund der Pariser Verträge vorgelegten Energie-Planungen mit den CO₂-Einsparungszielen ausgewertet. Damit ist völlig klar, dass das angestrebte 1,5 - 2 Grad-Ziel nicht erreicht werden kann. Und konkrete Vorschläge, wie bis 2050 das Null-Emissionsziel erreicht werden soll, existieren nicht. Die von Deutschland angestrebte Rolle als Vorbild in der Klimapolitik findet keine Resonanz, denn unser Weg ist viel zu kompliziert und zu teuer. ...

Dr. Ing. Hans Alsmeyer, 76327 Pfinztal

Jenseits von Eden

Zur Souverän 2-2019, S.27

Es ist erschreckend, wie blauäugig und dilettantisch eine Professorin den Islam verharmlost, um ihn als gute Religion anzubieten. Klarheit und Wahrheit sehen anders aus. Der Koran wird mit keinem Wort erwähnt. Er ist aber das heilige Buch aller Muslime, auch der angeführten vier neuen Strömungen aus 2010, 2017 und 2019. Sollen diese lächerlichen Minigruppen den Inhalt des weltweit geltenden Koran verändern? Das ist für gläubige Muslime eine falsche Lehre und unannehmbar. Im Koran ist jedes Wort heilig, unveränderbar. In Deutschland wurden Millionen für die Ausbildung von Imamen ausgegeben. Sie sollten das Rüstzeug für einen neuen Islam bringen, sollten in Moscheen predigen. Die Imame kommen nach wie vor aus der Türkei und dem arabisch sprechenden Raum. Muslimische Studentinnen für ein Lehramt tragen aus Überzeugung ein Kopftuch, das in vielen Schulen verboten ist. Wo soll das hinführen? Fehlt nur noch, dass wir die, die in erster Linie dem Koran und Erdogan dienen, in den Staatsdienst übernehmen, damit sie christlichen Kindern zeigen, was Religion bedeutet. ... Noch ist Europa christlich geprägt. Setzt euch überall mit führenden Muslimen, nicht mit kleinen Gruppen, die uns nach dem Munde reden, an einen Tisch und diskutiert alle Probleme, spricht sie in aller Deutlichkeit an.

Ich empfehle jedem, den Koran zu lesen und den Inhalt mit dem des Neuen Testaments zu vergleichen. Schaut nach, macht die Augen auf, schaut in die Welt. Hören und Sehen müsst ihr wollen oder später spüren müssen, ob ihr wollt oder nicht.

Hermann Bischof, 49565 Bramsche

BUCHTIPP

WIE SACHSEN DIE WELT SEHEN

30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verschieben sich die Kraftfelder in und um Europa. Europa streitet sich nicht nur übers Geld, sondern fällt derzeit vor allem bei den Themen Zuwanderung und nationale Identität auseinander. Aber auch innerdeutsche Konflikte um diese und andere Themen bedürfen der Analyse. Im Zentrum steht dabei Sachsen, das Mutterland der Reformation und der Friedlichen Revolution. Antje Hermenau, die bekannte ehemalige sächsische Grünen-Chefin, erklärt mit weltoffenem Patriotismus die sächsische Seele samt den Missverständnissen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost- und Westdeutschen, Ost- und Westeuropäern. Sie liefert dabei ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr Bürgerverantwortung. Garantiert unideologisch und ohne Sprachzensur. Hermenau vertrat die Grünen am Runden Tisch Leipzig und wurde 1990 in den Sächsischen Landtag gewählt. Zehn Jahre Bundestag von 1994 bis 2004 in Bonn und Berlin schlossen sich an. 2004 kehrte sie für weitere zehn Jahre in den Sächsischen Landtag zurück. Antje Hermenau: *Wie Sachsen die Welt sehen – Ansichten aus der Mitte Europas*, Evangelische Verlagsanstalt 2019, 176 Seiten, ISBN 978-3-374-05932-4, 10,- Euro.



PATIENT GAZA

Ein kleiner Fotoband, doch ein ungewöhnliches Projekt. Gaza – eine Leidensgeschichte im Augenwinkel der „zivilisierten Welt“. Unter den notleidenden Opfern der Zivilbevölkerung sind die Betroffenen vor allem Kinder. Das Buchformat erinnert durch seine Form an den Gazastreifen und wirkt auf den ersten Blick wie ein Kinderbuch. Aber es geht um Kinderleid. Die kleinen Patienten leiden entweder an Kriegsfolgen (z. B. Minen), Erbkrankheiten oder an Folgeschäden von nicht einwandfrei ausgeheilten Operationen. Ein internationales Medizinteam im Auftrag der The Little Wings Foundation TLWF aus Dubai, unterstützt vom lokalen Team des Palestine Children's Relief Fund, gibt einigen wenigen jungen Patienten etwas Hoffnung.



Der Düsseldorfer Fotograf Hartmut Bühler hat die Arbeit der Mediziner in beeindruckende Bilder umgesetzt. TLWF ist eine Charity-Organisation. Sie sammelt Geld für Operationen und um operierte Kinder nachhaltig versorgen zu lassen.

PATIENT GAZA – A Photographic Diary by Hartmut Buehler: engl., 112 Seiten, 98 Schwarzweiß Fotografien, ISBN: 9789462262768, Verlag Lecturis, NL-Eindhoven, 25,00 Euro, erhältlich bei <https://lecturis.nl/en/product/patient-gaza/>

MEIN LANGER WEG

Alfred Bruske, in Schlesien geboren, Oberstudienrat, Jäger, Jagdlyriker, und Naturfotograf, hat ein erfülltes Leben hinter sich. Im Eigenverlag herausgegeben, beschreibt er in seinem Buch „Mein langer Weg“ nüchtern, aber eindringlich, wie es in den letzten Kriegsjahren und besonders nach 1945 tatsächlich war. Er beschreibt ohne Verherrlichung und ohne Voreingenommenheit: dass es ein russischer Soldat war, der einmal Brot und Speck gegeben hat, aber auch dass es ein deutscher Junge war, der ihn als dahergelaufener Polak bezeichnete und in eine Schlägerei verwickelte. Viele Bilder werden so ergreifend wiedergegeben, dass der Leser sich wie ein Zeitgenosse fühlt, dem Vergleichbares hätte widerfahren können. Alfred Bruske: *Mein langer Weg*, Eigenverlag, 3. Auflage 2018, ISBN 978-3-00-060605-2, 16,- Euro.



IN DREI GEWALTEN

Es gibt sicher nicht viele Persönlichkeiten, die in ihrem Berufsleben in allen drei Staatsgewalten tätig sein konnten: in der Exekutive, in der Legislative und in der Judikative. Dr. Jürgen Westphal gehört dazu. Als Minister in Schleswig-Holstein, Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft und im Landtag von Schleswig-Holstein sowie als Richter des Hamburgischen Landesverfassungsgerichtes hat er alle drei Gewalten kennengelernt. Seine Erinnerungen hat er in einem Buch niedergeschrieben, das einen spannenden Einblick bietet in die politische Geschichte Hamburgs, Schleswig-Holsteins und der CDU von den 1960ern bis in die 1980er Jahre. Dr. Jürgen Westphal: *In drei Gewalten*, Verlag Konrad-Ade-nauer-Stiftung 2017, ISBN 978-3-95721-367-9



Z.B.:
Seine-Kreuzfahrt
INKLUSIVE
An-/Abreisepaket
p.P. im Wert von
499,-



Eine AMADEUS-Flusskreuzfahrt verbindet auf wunderbare Art und Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Premium-Hotels mit dem Entdecken von Ländern und Menschen entlang Europas schönster Wasserwege. An Bord eines unserer Schiffe gleiten Sie durch traumhafte Landschaften, lernen pulsierende Metropolen und unzählige Kulturjuwelen kennen – und genießen dabei höchste Qualitätsstandards in puncto Ausstattung, Gastronomie und Service.

UNSERE FRÜHBUCHER-SPECIALS 2020:

LA BELLE FRANCE

7 Nächte Paris – Le Havre – Paris mit
15% Frühbucherbonus
pro Person ab

934,- €

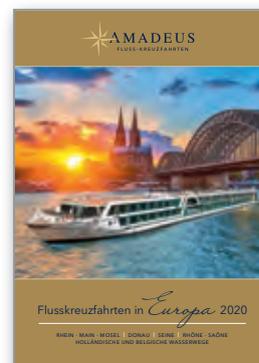
**Bei Buchung bis 15.09.19 zusätzlich inklusive:
An-/Abreisepaket per Linienflug im Wert von
€ 499,-!**

KLASSISCHE DONAU

7 Nächte Passau – Budapest mit
15% Frühbucherbonus
pro Person ab

1.453,- €

**Bei Buchung bis 15.09.19 zusätzlich inklusive:
An-/Abreisepaket (Anreise per DB/2. Kl. und
Abreise per Linienflug) im Wert von € 449,-!**



Der neue Katalog
2020 ist da.
Profitieren Sie
jetzt von 15%
Frühbucherbonus!

Beratung und Buchung in jedem guten Reisebüro
oder direkt bei Amadeus Flusskreuzfahrten.

Gebührenfreie Hotline innerhalb Deutschlands:
0 800/2404460

E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de
www.amadeus-flusskreuzfahrten.de